

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Feil“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Nonpareille 0,70 Goldmark...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 2. Dezember 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Deutschösterreich und Reichstagswahlen.

Ein Wort zum Fahnenstreit von Otto Bauer-Wien.

Schwarz-Rot-Gold — das war 1848 die Fahne der deutschen Revolution.

Die Gegenrevolution hat die schwarzrotgoldene Fahne niedergeholt.

Seither geht der Kampf drüben wie hüten um des Reiches Farben.

Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Gelb — das sind die Fahnen derer, die zum Alten zurück wollen.

Lausendjährige Gemeinschaft verknüpft die Deutschösterreicher mit den anderen deutschen Stämmen.

Es gibt im Reich immer noch allzu viele, die diesen Zusammenhang nicht verstehen.

Wir Deutschösterreicher haben die Schwarz-Weiß-Roten kennen gelernt.

Wir Deutschösterreicher sehen auch jetzt die Gefahren, in die Schwarz-Weiß-Rot uns stürzt.

Deutschösterreich und Deutschland werden können; das Bayern der Reaktion...

Darum dürfen wir Deutschösterreicher in diesen Tagen mahnen: Bergeht bei diesen Wahlen...

Die Pflicht der jungen Wähler.

Reden Otto Bauers und Klara Bohn-Schuch.

Die sozialistischen Jugendverbände hatten auf gestern, Montag abend, eine Kundgebung...

Der gemeinsame Gesang der Jugendgenossen und -genossinnen, die den Saal füllten...

Dr. Friedländer kurz für die sozialdemokratischen Studenten sprach.

Otto Bauer-Wien

das Wort. Einige Kommunisten versuchten zu hören, indem sie in dieser Parteikundgebung Diskussion verlangten...

der Kampf geht um Euer Land, in dem die heute Jungen den Kampf um den Sozialismus zu führen

Novemberniederlage der Kommunisten

Die unprogrammwidrige Entwicklung.

Die Geschichte der KPD ist die Geschichte der Niederlagen.

Novemberniederlage? Jawohl, die kommunistische Partei wollte im November weitgesteckte Ziele erreichen.

„Unsere organisatorische Wahlparole muß bestehen in der Entfesselung von Massenkämpfen...

„Wir müssen die Massen unter allen Umständen in Bewegung und in den Kampf bringen.“

„Der Hauptteil unserer Arbeit liegt — das sei noch einmal unterstrichen: — in der Aufstellung solcher Fragen, für die die Belegschaft in den Kampf hineingeht.“

„Gegen Ende November muß die Stimmung in den Betrieben so sein, daß mit dem Ausbruch großer Wirtschaftskämpfe ganzer Industriezweige gerechnet werden kann.“

Die Denkwaise, der diese Parole entspringt, ist bekannt: man inzentriert Kämpfe, die verloren gehen müssen und sollen, um dann die Schuld auf die Sozialdemokratie zu schieben.

Man provoziert Teilstreiks, nicht um der aufgestellten Forderungen willen, sondern um damit Wahlpropaganda für die KPD zu treiben.

Der Achtstundentag und die Lohnfrage sind gerade gut genug, um so sinnlose Streiks zu provozieren.

Die großen Wirtschaftskämpfe, die die Kommunisten entfachen wollten, sollten nicht um der Interessen der Arbeiter willen, sondern um der parteiorganisatorischen

Interessen der Kommunisten willen geführt werden, nicht als gewerkschaftliche Kämpfe um ein konkretes Ziel...

So handeln nur Feinde der Arbeiter und der Gewerkschaften, die in den Gewerkschaften nichts zu suchen haben...

Es war also das Ziel der kommunistischen Zentrale, im November so verbrecherische Reklamekämpfe zu entfesseln.

Der Versuch, durch „Aktionen“ aus der lethargie herauszukommen, zu der die KPD verurteilt ist, ist gänzlich schiefgeschlagen.

So wiederholt sich das Bild der Octoberniederlage. Weitgesteckte Hoffnungen, die von dem kindlichen politischen Dilettantismus...

Der November ist vorbei — Kagenhammer und Niederlage sind da.

Diese Novemberniederlage aber hat für die KPD. größere Bedeutung als die Octoberniederlage.

Was kommt danach? Gibt es noch eine linke Führergarnitur, oder wird nun die Exekutive rufen: Brandler lehre zurück?

Nach dem Oktober der November! Nach der Octoberniederlage die Novemberniederlage.

haben werden. Ist erst dieser Boden gesichert, dann stellen sich die einfachen Fronten des Klassenkampfes wieder her. Ihr kämpft um den Boden, auf dem Ihr Jungen eure Schlägen schlagen und eure Siege gewinnen werdet. Wir und die Sozialdemokraten der ganzen Welt, wir erwarten von Euch, daß Ihr die reichsdeutsche Partei wieder zu unserem Vorbild, zu unserem Stolz, zu unserer großen Bekehrerin macht. Der 4. Mai war das Ergebnis des Verlustes der Vernunft in schwerer Krisenzeit bei vielen Wählern, die Revanche der verantwortungsbewußten Sozialdemokratie mußte kommen, sobald der Phrasenwusch versieg. Der 7. Dezember wird Euch die Revanche bringen — Dieser Sieg aber soll ein Anfang neuen Aufstiegs sein: er wird der Welt ein Zeichen sein, daß Ihr unsere geistige Heimat wieder aufbaut: die große deutsche Sozialdemokratie. Das soll die Aufgabe Eures Lebens sein, Ihr Jungen! (Stürmischer Beifall.)

Dem Vortrag des Brägerschen Gehilfen „Die Freiheit spricht“, folgte eine Ansprache der Genossin

Bohm-Schuch.

Unter Hinweis auf die Szenen von vorhin, gab sie dem Wunsch nach mehr Selbstziehung Ausdruck, die doch neben allem Sehnen nach Befreiung aus dem Druck und Elend dieser Zeit wirken muß. Die Jugend, die den Phrasen von äußerst rechts und links nachläßt, die wird einst weglassen im Leben stehen und wird froh sein, sich anklammern zu können an eine Jugend der Wirklichkeit, die doch ihre jugendliche Begeisterung nicht aufgibt, an die Jugend der Partei der Arbeit, der harten Verantwortung, der nicht lernenden Vernunft, an die sozialistische Arbeiterjugend, Kommunisten, welche die politischen Befreiungen brachte die Rednerin sofort zum Schweigen durch den Hinweis auf die intensiven Bemühungen unserer Partei, das Los der Opfer der Kommunisten-Verfolgung zu lindern und auf die bereits veröffentlichten Dankesgaben von Max Holz und Pietzner an Genossen Paul Böbe.

Genossin Bohm-Schuch stellte dann den Hörern vor Augen, was bei dieser Wahl zu behaupten

ist: die Sicherheit und Festigung der Republik im Reich und ihres festesten Rückhalts, der sozialdemokratischen Regierungsmänner in Preußen; gegen Severing richtet sich nicht umsonst der Haß der Reaktionskräfte und ihrer kommunistischen Verbündeten. So ist besonders auch die Preußenwahl ein Kampf um die Republik. Auf einen Kommunistenpuls legen die bankrotten Reaktionen ihre ganze Hoffnung — kein Wort gegen die Kommunisten enthalten ihre Flugblätter, und hat doch der Volkspartei der Arbeiter, Hesse im Reichstag die Steuerentwürfe Koenens (R.P.D.) als viel zu beschwerlich gekennzeichnet! Schwarzrotgold ist die Parole für den 7. Dezember; es geht um

Die Cassenverteilung

aus dem Dames-Gutachten, und da kämpfen die Kommunisten in gemeinsamer Weise und nur gegen uns, wie sie ja auch das Gesetz über die Industrieobligationen, also über die Reparationskassen der Industrie, abgelehnt haben. Keine praktische Politik — das ist das Motto der R.P.D.; ihre praktische Politik besteht darin, daß in den Fabriken mit kommunistischen Betriebsräten der Achtstundentag beim Teufel ist. (Beifällige Zustimmung.) Diese Wahl entscheidet aber auch über die gesetzliche Festlegung des Achtstundentags. Der Sozialdemokratie und den Demokraten ist es zu verdammen, daß das Volk nicht zur Bürgerblockregierung, aber zu dieser rechtzeitigen Entscheidung gekommen ist. Um Fortsetzung und Ausbau der Sozialpolitik zu sichern, um das Volk und seinen Nachwuchs vor Lebensmittel-Schuhzölle und neuem Hungersterben zu bewahren und gute Handelsverträge zu erreichen, um den Weltfrieden durch Völkerverständigung zu schaffen und zu bewahren — zu all dem heißt Ihr jungen Wähler und Wählerinnen, durch Einsetzung aller Kraft bis zum Wahltag für Aufrüstung und Werbung zum Sieg der Sozialdemokratie! (Lebhafte, anhaltender Beifall.)

Nach einer kräftigen Reminiscenz der kommunistischen Kartenspieler, Krakeeler und Stintbombenwerfer durch den Vorsitzenden, sang die Versammlung stehend die „Internationale“; damit sollte sie geschlossen werden — da trat noch

ein Zwischenfall

ein: Es erschienen vier Reichsbannerleute, die der Versammlung südtürkischer Frontsoldaten im Lehrereisenhaus beigewohnt hatten und nachher vom Alexanderplatz bis zum Kaufhaus Israel von etwa 60 Strolchen verfolgt und hier von ihnen überfallen worden waren. Mit Gummi- und Holzknüppeln, Ballschlägern und sonstigen geistigen Waffen waren sie trotz energischer Gegenwehr verletzt worden. Erst ein kräftiger Gegenstoß in das

elke Antlitz eines der Strolche, der Ruf „Schupol“ und das Herannahen eines Polizeifreies veranlaßte die Hande zu so schleuniger Flucht, daß keiner von ihnen festgehalten werden konnte. Da sie keine Abzeichen trugen, dieht unentschieden, ob es rechts- oder linksradikale Feiglinge waren. Die Mitteilung dieses neuen Falles, die Vorstellung der vier Verletzten und die Verweisung ihrer vollgebluteten Tischtücher einigte die erregte Versammlung erst recht zu dem Ergebnis, alles zu tun, damit der 7. Dezember diese Parteien der rohen Gewalt jerschmettere.

Polizei gegen Reichsbanner.

Die Reichsbannerleitung teilt uns mit: Abends wurden in der Nähe der Zentralkasse zwei nichtuniformierte Jugendkameraden von etwa zehn Halantkreuzern überfallen und mit Säcken gefesselt. Die Strolche wurden festgenommen; als unsere Kameraden die Polizeiwache 9, Köster-Wilhelm-Straße 43, verlassen wollten, sammelten sich auf Stichwort Hugo an den Ecken der Straße etwa zwanzig Halantkreuzer. Zur Hilfe herbeigeholte Reichsbannerleute entzogen diese Kameraden. Bei dem Versuch, die Halantkreuzer erneut feststellen zu lassen, stießen unsere Kameraden auf der Polizeiwache auf die größten Widerstände und wurden aus der Wache verwiesen. Ein Kamerad wurde etwa eine Stunde länger in Haft behalten, als die Halantkreuzer selbst! Nur dem Eingreifen der Gasseitung war es möglich, diesen Kameraden um 11 zu befreien. Der Vorfall hatte sich um 10 Uhr abgepielt. Der Wachtabende der Wache weigerte sich, den Namen der Halantkreuzer zu nennen und weigerte sich weiter, prominente Kameraden des Reichsbanners als Zeugen zu verhöre!

Politik der Mitte

aber unter schwarzweißroter Flagge.

Die „Zeit“, das Organ des Herrn Stresemann, Parteiführer und Außenminister, setzt sich mit der Rede des Reichskanzlers Marx in Düsseldorf auseinander. Sie macht ihm zum Vorwurf, daß er sich für die Farben der Republik, für Schwarz-Rot-Gold, eingesetzt habe:

„Reichskanzler Marx hat in diesen Tagen besonders im deutschen Westen eine rege Wahlpropaganda betrieben. Leider hat er sich bei dieser Gelegenheit in einer Weise für Schwarz-Rot-Gold eingesetzt, die herzlich wenig mit dem Geiste des großen Ringens zu tun hat, das heute zwischen Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold ausgetragen werden muß.“

Schwarz-Rot-Gold sind die Farben der Nation. Die Feinde der Republik und der Verfassung haben gegen die Farben Schwarz-Rot-Gold Schwarz-Weiß-Rot zum Symbol ihres Kampfes gemacht. Die Volkspartei, deren Führer Außenminister in einer republikanischen Regierung ist, deckt sich mit dem schwarzweißroten Symbol. Sie ist zu unehrlich und zu feig, um offen zu sagen, daß sie gegen die Republik und die Nation stehen will. Aber sie will, daß der Reichskanzler gegen die Farben der Republik kämpfe

Das versteht sie unter der Politik der Mitte:

„Wohl können wir dem Reichskanzler zustimmen, wenn er darauf beharrt, daß im künftigen Reichstage die Politik der Mitte ausschlaggebend sein muß für die Politik des Reiches. Aber wir müssen Wert darauf legen, daß diese Mitte in ihrer Gesamtheit willens ist, nicht rundweg die deutsche Vergangenheit zu verleugnen, sondern die gute schwarzweißrote Ueberlieferung auch in die Zukunft mit hinüber zu nehmen.“

Eine Politik der Mitte unter schwarzweißroter Flagge ist so wenig eine Politik der republikanischen Mitte wie die Volkspartei eine Partei der Mitte. Die Volkspartei will also eine stramme, reaktionäre Bürgerblockpolitik — aber sie möchte sie als Regierung der Mitte maskieren. Der 7. Dezember wird ihr die letzten Illusionen auf den Bürgerblock zerschlagen!

Zausbubenpolitik!

Beschimpfung der Farben der Republik.

Bei den Deutschenatlonen, Böllchen und gelegentlich bei den Volksparteikern ist es die große Mode dieses Wahlkampfes, die Farben der Republik statt als Schwarz-Rot-Gold als Schwarz-Rot-

Geld zu bezeichnen. Ist man unter sich, so gibt man noch besser zu verstehen, was damit gemeint ist: man spricht von Schwarz-Rot-Senf oder von Schwarz-Rot-Kindergeißel und deutet damit das Element an, in dem sich diese Sorte am wohlsten fühlt. So findet das Wort „Schwarz-Rot-Geld“ dann auch dort, wo man mehr Barsicht für nötig hält, verständnisvolle Herterkeit.

Es ist schwer, sich das geistige und stüliche Niveau einer Gesellschaft vorzustellen, die sich in solchen Epochen gefüllt. Trotzdem hat sich im Lager der Rechten bisher kein einziger Mann gefunden, der gegen diese kindischen Unsauberheiten öffentlich seine Stimme zu erheben wagt. Auch von Herrn Stresemann und Herrn Jarres, die als Reichsminister durch Eid verpflichtet sind, die Verfassung und die Ehre der deutschen Flagge zu schützen, hat man kein Wort des Widerspruchs gehört gegen die Kaufjungenhaftigkeit, mit der ihre Brüder in Schwarz-Weiß-Rot den Kampf gegen die deutschen Reichsfarben führen.

Es bleibt also dabei: Den wahrhaft „nationalen“ Mann erkennt man daran, daß er die Farben seiner Nation beschimpft oder zu ihrer Beschimpfung wohlgefällig grinst, oder aus Feigheit dazu schweigt.

Republikanertag in Hamburg.

Hamburg, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag veranstaltete das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Hamburg eine große Kundgebung, die unter riesiger Beteiligung einen imposanten Verlauf nahm. Mehr als 30000 Republikaner waren an der Kundgebung beteiligt. Die große Ausstellungshalle am Zoo reichte längst nicht aus, um die Massen in sich aufzunehmen. Es mußte auch noch die benachbarte fast ebenso große Ernst-Mert-Halle hinzugenommen werden. Aber auch hier konnten noch nicht alle untergebracht werden, obwohl in beiden Hallen die Teilnehmer dicht gedrängt standen. Tausende mußten noch draußen bleiben. Bundesvorsitzender Genosse Hörning, der demokratische Reichstagsabgeordnete Böttcher-Hamburg sowie Dr. Haubach und Neutheu-Hamburg richteten kurze Ansprachen an die Versammelten. Darauf wurde von einem stürmischen Beifall bejubelt, an den Reichspräsidenten ein Telegramm zu senden, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß das Reichsbanner sich geschlossen hinter den Reichspräsidenten Ebert stellt und sich jederzeit für die Republik einsetzen wird. Im Anschluß an die Versammlungen formierten sich die Reichsbannerleute zu geschlossenem Zug, der mehr als 15000 Reichsbannerleute in einheitlicher Kleidung umfaßte und an dem Bundesvorsitzenden, dem Gauvorstand und den Gauen, unter denen sich auch Vertreter des Senats befanden, vorbeimarschierte. Der Vorbeimarsch machte durch seine Geschlossenheit und Disziplin einen gewaltigen Eindruck.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Die Reichsregierung beabsichtigt, wie amtlich gemeldet wird, die Höchsthöhe der Erwerbslosenunterstützung zu erhöhen. Die Erhöhung wird voraussichtlich im Durchschnitt etwa den Prozentsatz erreichen, um den die Löhne der Reichsarbeiter durch die letzte Aufbesserung erhöht worden sind. Zwischen den beteiligten Stellen ist eine grundsätzliche Einigung bereits erzielt worden, so daß die Veröffentlichung der neuen Höchsthöhe demnächst erwartet werden kann.

Die Dorfwahlen in Niederösterreich.

Erfolge in den Bauern, wirtschaftlich begründete Einbuße in den Industriedörfern.

Wien, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Gemeinderatswahlen, die am Sonntag in Niederösterreich stattfanden, hat in zahlreichen Bauerndörfern, in denen sich bis zum Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns Sozialdemokraten nicht einmal sehen lassen durften, die sozialdemokratische Liste am Sonntag die Mehrheit errungen, so daß die Sozialdemokraten den Gemeindevorsteher stellen. Dagegen hat die wirtschaftliche Krise in den Industriegemeinden bei zahlreichen Industriearbeitern eine große Interesslosigkeit und Bahmüdigkeit erzeugt, so daß dort die Zahl der Gemeinderatsmitglieder, die sich nach der Wahlbeteiligung richtet, stark zurückgegangen ist, in scharfem Gegen-

Es kann nicht genug Parteien geben!

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Es gibt Leute, die sagen, wir hätten in Deutschland zu viel Parteien. Wie jemand diese durchaus rückständige Ansicht vertreten kann in einer Zeit, da das Radionwesen so ungeheure Fortschritte gemacht hat, verleihe ich einfach nicht. Wir haben nicht zu viel, sondern zu wenig Parteien in Deutschland! Man kann erst dann von einer Wahl sprechen, wenn jeder Deutsche wirklich die Wahl zwischen einigen Parteien hat, d. h. wenn es so viel Parteien gibt, daß auf jeden Wähler etwa 4 bis 7 Stimmzettel entfallen. Zunächst werden sich die Träger gleicher Namen zusammenfinden. Es ist keine schönere Ueberbrückung der Standesunterschiede und Weltanschauungsgegenstände denkbar, als wenn z. B. alle Deutschen, die Müller heißen, sich zu einer Partei vereinigen. Diese Müller-Partei würde die stärkste sein und den Reichspräsidenten stellen. Verfasser bittet aber, von seiner Person einstweilen absehen zu wollen! — Die Schuppe-Partei würde nicht so viel Anhänger haben und auch nicht so geschloffen wie die Müller-Partei sein, da sich von ihr die Schuppen mit h abzwiegen. — Noch mehr Unmöglichkeit hätte die Meier-Partei aufzuweisen!

Andere Gründe, Parteien zu bilden, liegen im Vornamen. Wenn man bedenkt, daß es einige hundert Vornamen gibt, und daß jeder Deutsche mindestens zwei Vornamen besitzt, so kann man sich einen Begriff davon machen, wie viele Kombinationen der vorhandenen Vornamen möglich sind, und wie viele Vornamenparteien sich gründen lassen! — Auch die Träger ein und desselben Spitznamens können sich zu Parteien zusammenschließen.

Daß die Angehörigen der verschiedenen Berufsstände Parteien bilden, ist selbstverständlich. Wert hat die Sache aber erst dann, wenn eine bis ins kleinste gehende Spaltung stattfindet, so daß es z. B. eine Partei der Obersekretäre in Gemeinden von 10000 bis 15000 Einwohnern nach Stoff VII, Stufe 3 gibt; eine Partei der Sandstricker, die in Gegenden mit einer Höhenlage von 325 bis 350 Metern über N. N. tätig sind usw. — Besonders stark wird die Partei der ehemaligen Minister sein. Hoffentlich spaltet sie sich in eine Außenminister, eine Ministerpräsidentenpartei usw.

Die Gemeinsamkeit gewisser Räte wirkt sehr parteibildend. So sind sehr notwendig eine Partei der Besitzer rotgestempelter Tausendmarkscheine; eine Arbeitsgemeinschaft der Hinterbliebenen der durch die Umwälzung brotlos gewordenen Sigredaktoren; eine Partei von Mitgliedsberatern der Stallclubs, deren Rassen dem Marktschwund zum Opfer gefallen sind u. a. m. — Eine Vereinigung für die Einführung der Sommerzeit wird genau so viel Mitglieder finden, wie eine Partei, die von der Sommerzeit nichts wissen will!

Parteien, die stets eine Gegenpartei erzeugen, sind sehr nützlich. Ich nenne nur die Wirtschaftvereinigung der Freunde der

hullosen Mode, die Antikotin-Partei, die Gegner des Randschleifentragens, die Partei der Selbststrahler, die Anhänger der durchgehenden Arbeitszeit, die Kämpfer für den sog. blauen Montag, die Freunde der Erhaltung des ph in den Wörtern Telefon und Telegraph, die Partei der Barfußläufer, die Arbeitsgemeinschaft der Anhänger der Pflanzenernährung, die 24-Stundenzeit-Partei usw. usw.

Gewisse körperliche Merkmale werden recht geeignete Gründe zu Parteigründungen sein. Ich hebe da im Sinne die Parteien der Kurzschäftigen, Schwerhörigen, Kurzarmigen, Farbenblinden, Rahtlöppigen, Knieschänder, Rotmässigen, Dicken, Langen, Plattfüßler, Magenleiden, Hühneraugenbesitzer, Tröseligen, Blauäugigen, Sommerprossigen, Schweißhäuter, Stottrr., Schwachstimmigen, Kerosen-, Schielenden usw. — Nach den Familienverhältnissen werden ferner Arbeitsgemeinschaften der Kinderreichen und Kinderarmen, der Bedingten, Verheirateten und derer entziehen, die sich schämen lassen wollen, der Junggekelten und alten Jungfern, der Erstgeborenen, der Schwägermütter und der unter ihnen Lebenden, der Bräutigams, der Bräute und der Entlobten, der Großkern, Enkel, Tanten, Neffen usw., der Hausfreunde, der Götten in zweiter oder dritter Ehe u. a. m.

Se verrückter ein Gedanke an sich erscheint, um so mehr eignet er sich als Programm für eine neue Partei. Nur Gründe politischer Art sollten für die Parteibildungen ausgesprochen sein. Nur wenn wir diesen Grundlos streng durchführen, werden wir aufhören, das unpolitische Volk der Erde zu sein!

Soweit Gottlieb Dämelsch, der berühmte Bierischpolitiker im roten Döfen von Quatzsch bei Trauscha, Kreis Kitzsch.

Geht nur so fort, ihr politischen Spleißbürger und Krähwinkler mit euren Gründungen von Parteien und Parteien! Immer sorgt dafür, daß schließlich auf jeden Wähler ein halbes Dutzend Parteien kommt! Je mehr ihr euch spaltet, um so geschlossener wird die sozialdemokratische Partei dastehen.

Auch ein Zeugnis für Schwarz-Rot-Gold. In einem soeben erschienenen, vom Berlin des Bibliographischen Instituts herverragend ausgestatteten Gebdenwerke „Lebenserinnerungen eines Achtzigjährigen“ erzählt der Verfasser, wie nach der Begründung des Deutschen Reiches in seiner Vaterstadt Hamburg die Verdrängung der alten von unzähligen Schiffen in alle Erdteile hinausgetriebenen Hamburger Flagge durch die neue schwarzweißrote Reichsflagge durchaus nicht ohne Widerstand vor sich gegangen sei. „Ich erinnere mich“ so fährt der Erzähler sodann fort, „daß ein konservativer (offenbar polnischer) Freund unserer Familie über den breiten roten Streifen jammerte, den Bismard einestufte habe; und ich erinnere mich, daß ein so preußisch-deutsch gesinnter Mann wie Paul Hense in München es für einen Raub an der Ueberlieferung erklärte, daß Bismard nicht die schwarz-

rotgoldene Fahne des Jahres 1848 zur Reichsfahne erhoben habe.“

Der Verfasser des Buches ist ebenso wie Paul Hense, nichts weniger als ein „wilder“ Revolutionsmann; es ist Karl Boormann (geb. 1844), der bekannte Kunstgelehrte und Dichter, der frühere Direktor der Dresdener Gemäldegalerie, ein Mann, der politisch seinem eigenen Bekenntnis nach etwa auf dem Boden der Nationalliberalen stand. Sein Bruder Adolf Boormann (1847—1911), der bekannte Hamburger Redner, der „königliche Kaufmann“, wie Bismard ihn einmal unter Anwendung des Shakespeares-Wortes genannt hat, war lange Jahre Mitglied der nationalliberalen Reichstagsfraktion.

Die reichsten Männer der Welt. Die amerikanischen Zeitungen haben einen schier unerträglichsten Stoff durch die Befragung der Einkommensteuern erhalten, die vor den Wahlen durch ein neues Gesetz veranlaßt wurde. Bisherlich weiß man ganz genau, wieviel jeder Einkommensteuerer zahlt, worüber man sich früher die Köpfe zerbrach, und die Amerikaner sind erstaunt über die Reichümer von Baur, von denen man früher gar nichts wußte. Die Zahl der Kräfte ist auf mehrere Tausend gestiegen. Die Schnelligkeit, mit der in den Vereinigten Staaten Vermögen in einer einzigen Generation gesammelt werden, rührt von dem Auslaufen ganz neuer Industrien her, die mit ungeheurer Resonne eingeführt werden. Der reichste Mann Amerikas und damit der Welt, Henry Ford, ist ein Beispiel dafür, denn er hat das Bedürfnis nach Automobilen erst eigentlich erweckt. Man schätzt sein Vermögen auf 1 1/2 Milliarden Dollar. Der zweitreichste Mann der Welt ist Rockefeller, dessen Gesamtbesitz mit 1 Milliarde Dollar veranschlagt wird. Sein Geld stammt beinahe ausschließlich aus dem Aufschwung der Petroleumindustrie, bei dem er alle seine Konkurrenten zu erdrücken wußte. Als der britischste Mann Amerikas gilt der Staatssekretär Mellon, ein Bankier aus Pittsburg. Man schätzt sein Vermögen auf etwa 1/2 Milliarden Dollar. Mellon hat gewaltige Finanzinstitute ins Leben gerufen und seine Vermögen nicht durch Erzeugung von Waren, sondern durch finanzielle Transaktionen gemacht. Diefem Triumvirat der Milliardäre folgt eine ganze Reihe anderer Dollarherrscher, deren Vermögen man nur ungefähr schätzen kann. Die Listen, die bei den einzelnen genannt werden, schwanken zwischen einer halben Milliarde Dollar und 100 Millionen Dollar. Eins der größten Vermögen der Welt ist zweifellos im Besitz der Woodworth-Erben und nicht minder reich dürfte die Familie Wright sein, deren Reichtümer durch die amerikanische Vorliebe für Raugummi erworben wurden.

Theater und Kirche. Der vor einigen Monaten von Darmstadt nach Köln als Leiter des Schauspielhauses verpflichtete Generalintendant Hartung ist, wie uns aus Köln telegraphiert wird, Gegenstand eines ungewöhnlich heftigen Angriffes, den die katholischen Parrer der Stadt gegen ihn richteten. Sie machen ihm den Vorwurf, daß unter seiner Leitung Stücke in Köln aufgeführt würden, in denen die dunkelsten und niedrigsten sexuellen Verbrechen in einer Weise behandelt würden, die man mit dem Gefühl tiefster Entrüstung als schamlos bezeichnen müsse. Der Gemeindevorstand in diesen Aufzügen ein noch ärgerlicher Dramatiker überworfen. Am Schluß der mit den stärksten Kraftworten ausgeschütteten Epistel wird verlangt, daß die zuständigen Stellen sofort

satz zu den rein ländlichen Gemeinden. Dieses Wahlergebnis ist dennoch von großer Bedeutung. Denn es ist bestimmt damit zu rechnen, daß bei anziehender Konjunktur und bei zunehmender Arbeitsmöglichkeit die Industriearbeiter wieder für ihre alte sozialdemokratische Fahne eintreten werden. Die Bedeutung der Wahl am Sonntag liegt darin, daß zum ersten Male das niederösterreichische Dorf rot gewählt hat.

Der Seipel-Attentäter mild verurteilt.

Wien, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag begann vor dem Wiener Schöffengericht die Verhandlung gegen den 29-jährigen Arbeiter Karl Jawurek, der am Abend des 1. Juni auf den damaligen Bundeskanzler Dr. Seipel zwei Schüsse abgefeuert hat, als dieser von Wiener-Neustadt mit dem Zug in Wien eintraf. Da der Tatbestand klar lag und nur wenige Zeugen, darunter der ehemalige Bundeskanzler selbst, vernommen wurden, konnte der Prozeß noch im Laufe des Montags zu Ende geführt und am Abend das Urteil verkündet werden. Jawurek wurde zu 3 1/2 Jahren schwerenerkers verurteilt. Als Strafmilderndes hat das Schöffengericht dabei sein Geständnis, seine geistige Minderwertigkeit und seine wirtschaftliche Notlage, aus der er zum Mordtat verleitete wurde, berücksichtigt.

Kommunistenputsch in Estland.

Reval, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Montagvormittag versuchten die hiesigen Kommunisten auf Geheiß von Moskau, den langgeplanten Putsch durchzuführen. Er war als Antwort auf die Verhaftung und inzwischen erfolgte Verurteilung von 149 Kommunisten gedacht. Die Kommunisten bemächtigten sich in den frühen Vormittagsstunden des Bahnhofs und versuchten, andere Gebäude, insbesondere das Postamt, zu besetzen, obwohl ihr Treiben gänzlich aussichtslos war. Bereits um 8 Uhr morgens war der Hauptbahnhof wieder im Besitz der regulären Truppen. Auch die anderen Gebäude, die von einzelnen Kommunisten besetzt waren, wurden entsetzt und die Kommunisten abgeführt. Es gab Tote und Verwundete. Die Entsehungssaktion wurde von regulären Truppen mit Unterstützung der Polizei geführt.

Reval, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Estnische Agentur meldet: Heute vormittag haben die Kommunisten versucht, sich der Regierungsgewalt zu bemächtigen. Zu diesem Zweck hatten sie Banden von 5 bis 10 Mann organisiert, die sich, mit Gewehren und Handgranaten bewaffnet, zu gleicher Zeit der Bahnhofs, der Regierungsgebäude, des Landtagsgebäudes, der Posten, der Polizei und der Telephonzentrale bemächtigten. Im Verlauf des Putschversuchs wurden eine Reihe Personen getötet. Die Truppen unterdrückten den Aufstand und stellten die Ordnung in zwei Stunden wieder her. Die Zahl der Opfer übersteigt wahrscheinlich 50, unter den Toten befindet sich auch der Verkehrsminister Karl. In ganz Estland ist der Kriegszustand proklamiert worden; General Paldoner ist zum Oberkommandierenden mit außerordentlichen Vollmachten ernannt worden. In den Provinzstädten ist alles ruhig geblieben. Die Verluste auf Seiten der Truppen und der Polizei belaufen sich auf 18 Tote. Die Verluste der Kommunisten sind weit größer, vorläufig aber noch nicht zahlenmäßig festzustellen. Etwa 60 Kommunisten sind verhaftet und einem Standgericht übergeben worden.

Putschpläne in Jugoslawien.

Belgrad, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die der Regierung nahestehende „Politika“ veröffentlicht aufsehenerregende Enthüllungen über die Beziehungen des aus Jugoslawien geflohenen kroatischen Bauernführers Raditsch zu der Moskauer Internationale. Aus den Dokumenten geht hervor, daß Raditsch der kommunistischen Internationale gegenüber die Verpflichtung übernommen hat, spätestens Ende Januar 1925 eine bolschewistische Revolution in Kroatien zu entfesseln. Gleichzeitig mit dem Ausbruch dieser Revolution sollen bulgarische und albanische Banden in Serbien eintreffen, um die militärische Verteidigung Serbiens zu lähmen.

Die „Politika“ veröffentlicht weiter Dokumente über einen Geheimvertrag zwischen Ungarn und Sowjet-

rußland, in dem sich Ungarn im Falle eines russisch-rumänischen Konflikts verpflichtet, in Rumänien einzumarschieren und andererseits der kroatischen Revolutionsbewegung tatkräftige Hilfe zu leisten. In Regierungskreisen wird erklärt, daß die von der „Politika“ veröffentlichten Geheimdokumente echt seien. Zu diesen Enthüllungen, die in Belgrad riesiges Aufsehen erregen, will die „Politika“ überdies erfahren, daß die italienischen Nationalisten Vorbereitungen treffen, um mit ihren Organisationen unverzüglich in Kroatien einzumarschieren, wenn dort eine Revolution ausbricht. Italien dementiert zwar offiziell solche Pläne, andererseits treffen aber an der jugoslawischen Grenze fortwährend riesige italienische Munitionstransporte ein.

Die Nachrichten aus Estland wie aus Jugoslawien zeigen erneut, wie verhängnisvoll die Rolle ist, die die Moskauer Internationale in der europäischen Politik spielt. In Estland hat sie es glückselig zu europäischer Politik gespielt, die irreführenden estnischen Arbeiter, unter Ausnutzung ihrer — durchaus berechtigten — Empörung gegen die grausamen Zuchthausurteile des Revolverkriegsgerichts, in ein von vornherein aussichtsloses Putschunternehmen hineinzutreiben, dem wiederum zahlreiche Arbeiter zum Opfer gefallen sind.

In Jugoslawien scheint, wie aus den in der „Politika“ veröffentlichten Dokumenten hervorgeht, ein ähnliches Unternehmen in Vorbereitung zu sein, das für die weitgesteckten Ziele der Moskauer Regierung auf dem Balkan als Vorpiel dienen soll. Von russischer Seite wird natürlich die Echtheit der in Belgrad veröffentlichten Dokumente bestritten werden, es liegt aber jedenfalls — unabhängig von dieser Frage —

ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit vor, daß die russische Politik sich in der Richtung bewegt, durch einen kroatischen Bauernaufstand das notdürftig hergestellte Gleichgewicht auf dem Balkan unzulässig und eine Welle neuer Aufstände und kriegerischer Zusammenstöße hervorzurufen.

Diesem Zweck dienen u. a. auch die engen Beziehungen zwischen der Sowjetregierung und Mussolini, sowie die Verträge, die die Moskauer Regierung mit der Horthy-Regierung abgeschlossen hat. Es liegt im allgemeinen Interesse der Arbeiterklasse in allen Ländern, daß dieser Brandstifterpolitik der Moskauer Sowjetregierung, die durch ihre raffinierten Methoden die verbrecherische Politik des Fasismus noch übertrifft, ein Riegel vorgeschoben wird. Das kann natürlich nicht durch Interventionen der Regierungen, sondern nur dadurch geschehen, daß der Moskauer Regierung Zerstreuung der in ihren Diensten stehenden kommunistischen Parteien der Boden in der Arbeiterklasse der anderen Länder entzogen wird.

Der 7. Dezember bietet für die deutschen Arbeiter eine Gelegenheit, mit den kommunistischen Putschisten abzurechnen und damit für die Erhaltung des Friedens und für die Gesundung der Arbeiterbewegung zu wirken.

Ägypten hat jetzt alle englischen Forderungen angenommen, drei Minister haben jedoch aus Protest demissioniert. Heute tritt das neue Unterhaus zusammen. Nach Vereidigung der Abgeordneten wird die Thronrede verlesen, die den Konflikt mit Ägypten und mit Moskau berühren wird. Die Debatte findet erst Mitte Dezember statt.

Kommunistische Spekulation.

Sozialdemokratie und Barmat-Konzern. — Die Lügen der „Roten Fahne“.

Es war leicht vorauszu sehen, daß die kommunistische Partei in dem heftigen Wahlkampf sich alle Mühe geben würde, um in Vereu- und Herabsetzung der Sozialdemokratie den Rekord zu leisten und so den Liebesdienst zu vollenden, den die Kommunisten schon im alten Reichstag, im Landtag und in den Gemeinden der Reaktion getan haben. Wären sie die Politiker, die sie nicht sind, so würden sie sich wenigstens die Mühe machen, nur solche Dinge zu behaupten, die nicht schon längst widerlegt worden sind, oder solche, die leicht widerlegt werden können. Aber ihre Spekulation war eine ganz einfache: Die „Rote Fahne“ weiß natürlich genau, daß die meisten Parteigenossen in führender Stellung von der Wahlpropaganda aufs äußerste in Anspruch genommen sind. Es genügt, das blödeste Geschwätz zu verbreiten, um hoffen zu können, daß ihm nicht widersprochen werden würde. Es konnte ja sein, daß die Angeklagten irgendwo draußen im Reich sind, wo sie die Vereu- und Herabsetzung nicht erreichen. Da so auch die Parteipresse außerstande sein konnte sich eingehend zu informieren, hoffte man, daß der Schwindel bis zum 7. Dezember vorhalten würde.

Das ist der ganze Sinn des Vereu- und Herabsetzungsstückes, den die „Rote Fahne“ an den Namen Barmat und an die Beziehungen dieses Konzerns zur Sozialdemokratie knüpft. Alle Register werden gezogen. Barmat kommt das Echo aus der Wahrenbrecherischen „Deutschen Zeitung“, aus der „Berliner Börsen-Zeitung“, aus der „Kreuzzeitung“ und anderen Schweslerorganen der „Roten Fahne“. Das Ziel ist ja das gleiche: Niederkämpfung der Sozialdemokratie um jeden Preis.

Wie halbtot die Behauptungen sind, dafür vorweg nur einige Tatsachen:

Der Barmat-Konzern soll von der Preussischen Staatsbank 30 Millionen Mark Kredite bekommen haben. In Wirklichkeit hat der Barmat-Konzern bei der Staatsbank überhaupt kein Konto. Nichts ist, daß einige Tochtergesellschaften des Barmat-Konzerns nach nicht angehörien. Nachdem die Barmat-Gruppe die kroatischen Werke erworben hatte, war sie bemüht, die Kredite so rasch als möglich zurückzuzahlen. Diese Tatsachen sind seit etwa zehn Tagen durch das „Berliner Tageblatt“ bekannt geworden und wurden nahezu vom Staatsbankpräsidenten Dr. Schröder, einem deutschnationalen Mann, vor Vertretern der Presse ausdrücklich bestritten. Die „Rote Fahne“ geht das nichts an. Sie phantasiert Tag für Tag weiter von jenen faszinierenden 30 Millionen, von denen die Tochtergesellschaften der Barmat-Gruppe nur einen Bruchteil jemals zu sehen bekommen haben.

Weiter läßt man dem gläubigen Leser auf, die Reichspost-Laffe habe dem Barmat-Konzern 12 Millionen Goldmark geliehen. Demgegenüber steht die Tatsache, daß der Konzern von der Post keinen Pfennig erhalten hat.

Diese Lügen braucht die „Rote Fahne“ aber, um behaupten zu können, daß die Sozialdemokratie eine Korruptionswirtschaft getrieben und beunruhigt habe. Es erübrigt sich fast, das noch im einzelnen zu widerlegen. Trotzdem wird es für unsere Leser wichtig sein, die Zusammenhänge zu kennen, die hier maßlos aufgebläht werden. Der Barmat-Konzern ist den Besirn des „Vorwärts“ aus einer kritischen Schilderung seines Aufbaues, die vor einigen Monaten im Wirtschaftsteil erfolgte, wohl bekannt. Die Leiter des Konzerns haben schon in Holland für die Sozialdemokratie ein starkes Interesse bekundet. Niemand ist dieses Interesse jedoch soweit geblieben, daß irgendeine Verbindung zwischen parteiamtlichen Instanzen, etwa dem Parteivorstand, und dem Konzern bestanden hätte. Unter diesen Umständen ist es ja geradezu läppisch, von einem „Familienkonzern der SPD.“ zu reden. Niemand haben sich, soweit wir feststellen konnten, irgendwelche führende Genossen für Kredit- oder andere Geschäfte des Barmat-Konzerns einmischt. Von einer Protektionswirtschaft kann sonach gar keine Rede sein.

Nach der „Roten Fahne“ soll die Firma Barmat mit Holzmann zusammenhängen, der durch die Affäre des Regierungsrats Bartels bekanntlich schwer befaßt ist. Holzmann ist aber dem Barmat-Konzern gar nicht bekannt.

So könnte man das Register ins Endlose fortsetzen. Wie wenig die Partei mit der Barmat-Gruppe zu tun hat, geht daraus hervor, daß sie nicht einmal Parteigelder in einer der zahlreichen, dem Konzern angehörenden Banken verwalten läßt. Sie bedient sich dazu anderer Bankinstitute.

„Verräter“ Heilmann.

Besonders angehen hat es den Kommunisten, daß der Landtagsabgeordnete Genosse Heilmann innerhalb des Barmat-Konzerns Aufsichtsratsposten bekleidet. Wir können dazu dem Genossen Heilmann selbst das Wort erteilen, der uns schreibt:

„Von einer Wahlreise zurückgekehrt, finde ich die bößartigen Angriffe der „Roten Fahne“ auf den Barmat-Konzern und meine Beziehungen zu ihm vor.“

Obwohl es sich nicht lohnt, auf den kommunistischen Schwindel zu antworten, möchte ich doch den Parteigenossen folgendes mitteilen:

1. Ich bin seit vielen Jahren mit Julius Barmat eng befreundet und gedanke diese Freundschaft mit oder ohne Genehmigung der „Roten Fahne“ fortzusetzen. Diese Freundschaft ist schon im Jahre 1920 in der Berliner Presse ausführlich erörtert worden. Wenn ich und andere Parteigenossen in dem gestreuen

hause von Julius Barmat verkehren, so tun wir nichts anderes als Herr Wilhelm Koenen auch getan hat.

2. Ob und wo der sogenannte Barmat-Konzern oder irgendwelche Barmat-Unternehmungen Kredite haben, weiß ich nicht. Ich habe mich jedenfalls um Kredite nie gekümmert und habe niemals über Kredite für Barmat mit irgend jemand verhandelt, am wenigsten mit der Preussischen Staatsbank, deren sämtliche Präsidenten und Direktoren mir unbekannt sind, und von denen ich mir lediglich habe erzählen lassen, daß sie deutsch-nationale Beamte des alten Regimes seien.

3. Ich gehöre einer großen Zahl von Aufsichtsräten an, teils in Gesellschaften von öffentlichem Interesse, teils in Gesellschaften des Barmat-Konzerns. Was die letzteren anbetrifft, so wird mir daraus schwerlich ein Vorwurf zu machen sein, nachdem die kommunistische Landtagsfraktion mich gebeten hat, dem kommunistischen Landtagsabgeordneten Sobotta einen Sitz im Aufsichtsrat der „Preusag“ (Preussische Bergwerke A.G.) zu verschaffen, und nachdem sie mir — vielleicht gegen das kommunistische Programm — sogar gedankt hat, als ich Herrn Sobotta diesen Aufsichtsratsposten verschafft hatte.

Was meine Aufsichtsratsstellungen im Barmat-Konzern anbetrifft, so waren sie mir aus Freundschaft angeboten und sind von mir aus Freundschaft angenommen worden. Aufsichtsratsmitgliedern über sonstige materielle Vorteile habe ich bisher daraus nicht gezogen.

Im übrigen habe ich Barmat für durchaus keinen Schleier, sondern für einen sehr anständigen Geschäftsmann; daß er unläuterer Geschäfte irgendwelcher Art getrieben oder Kredite ohne die nötige Dedung genommen hätte, ist mir gegenüber noch nicht behauptet worden und wird selbst von der „Roten Fahne“ nicht erlogen.

gez. Ernst Heilmann

Wir vorlesen es uns, auf die interessanten Beziehungen des Kommunistenführers Koenen zum Hause Barmat, die Genosse Heilmann oben angedeutet hat, näher einzugehen. Kennzeichnend für die kommunistische Kampfesweise ist jedoch, was Genosse Heilmann am Schluß seines Briefes feststellt, nämlich daß auch die „Rote Fahne“ es nicht wagt, irgend ein einzelnes Vergehen der Barmats zu nennen. Umso eifriger kämpft sie die Barmats „Schleier“ und spielt damit auf Verschuldungen an, die vor mehreren Jahren die Öffentlichkeit bewegt haben, und die dadurch erledigt wurden, daß eine Reihe der rechtsstehenden Blätter, sowie ein demokratisches Organ ihre Behauptungen in aller Öffentlichkeit zurücknahmen.

Ebert jr. und das Haus Barmat.

Früh Ebert, der Sohn des Reichspräsidenten, ist Privatsekretär bei Barmat, behauptet die „Rote Fahne“.

Wenn er es wäre? Früh Ebert jr. ist kein Kronprinz. Er muß sich seinen Lebensunterhalt selbst verdienen. Er hat das ganze Jahre hindurch als Angestellter in verschiedenen Stellen gearbeitet. Im Hause Barmat war er zwei Monate lang tätig, jedoch nicht als Privatsekretär des Chfs., sondern als Angestellter der Bremer Privatbank, in der er mit dem Aufbau eines sozialpolitischen Referats beauftragt war. Er war wirklich als Angestellter bezahlt, hatte keine leitende Stellung inne und konnte auch — politisch stark beschämt — seine Berufspflicht in den letzten Wochen kaum wahrnehmen. Um seinen Namen nicht weiter dem politischen Kampf auszuweihen, ist Ebert bei Barmat ausgeschieden.

Was die Kredite der Tochtergesellschaften von Barmat bei der Preussischen Bank angeht, so wird hoffentlich die parlamentarische Untersuchung, die sich wohl noch an den Fall Rubiner anknüpfen wird, restlose Klarheit schaffen. Wir waren es, die eine solche Untersuchung gefordert haben. Darüber schweigt die „Rote Fahne“. Wir haben die Forderung jetzt nur zu wiederholen. Die Partei kann ihr mit der größten Gelassenheit entgegensehen. Auch die Zeitung des Barmat-Konzerns versichert, daß sie ein solches Verfahren nicht zu scheuen hat.

Wir geben uns keiner Illusion darüber hin, daß die „Rote Fahne“ auch jetzt nicht aufhören wird, von „Korruption“ zu schwätzen.

Aber der Schwindel ist wenigstens niedriger gehängt.

Hugenberg freut sich.

Die deutsch-nationale Presse bezieht ihre Vereu- und Herabsetzungen gegen die Sozialdemokratie aus der Koalition der „Roten Fahne“ und bracht schon seit langem getuschelt ab, was dort über sozialdemokratische Führer zusammengekommen wird. Neuerdings ist der „Tag“ des Herrn Hugenberg sogar dazu übergegangen — unter wörtlicher Zitiierung der Quelle — die Geschichten der „Fahne“ zu illustrieren. Es muß also anerkannt werden, daß die nationalsozialistische Brüderschaft an der Solidarität, die sie im Reichstag stets bewiesen hat, auch im Wahlkampf unverwundlich festhält. Für die großen kapitalistischen Dreckschleudern gegen die Partei der Arbeiter liefern die Kommunisten die Munition.

Gewerkschaftsbewegung

„Entlarvter Polizeispiegel“

Kommunistische Verleumdung und Ehrabschneidung

Am 4. Oktober brachte das Berliner Volkswissenblatt das Bild eines Metallarbeiters, der in dem beigefügten Text als „entlarvter Polizeispiegel“ bezeichnet wurde. Und zwar handelte es sich um das Mitglied des Metallarbeiterverbandes Paul Thomas, Schöneberg, Barbarossastr. 68. Von Thomas wurde behauptet:

„Er hat seit einiger Zeit die kommunistische Bewegung in Groß-Berlin systematisch bespitzelt. Durch geschicktes Klistieren, durch Rechnungsträger gewisser Einnahmen innerhalb der Parteiorganisation hat er es fertig gebracht, sich in Funktionärstellungen einzufächeln. Insbesondere von der Betriebsarbeit und der Erwerbslosenbewegung hat er der politischen Polizei Berichte geliefert, Tagungsberichte von Arbeitertreffen und Funktionärzusammenkünfte mitgeteilt.“

Berichte an die Abteilung Ia seien ihm von seinen kommunistischen Parteigenossen abgenommen worden.

Doch es ist der anarcho-bolschewistische Organisation nicht an Spitzeln fehlt, ist kein Wunder. Dieser Zustand innerer Unsicherheit führt dazu, auch in diesem oder jenem Parteigenossen einen Spitzeln zu sehen, der es nicht ist. Wenn aber ein „Spitzeln“ in solcher Weise „entlarvt“ und angeprangert wird, dann müssen unansehnliche Beweise dafür vorliegen.

Auf Grund dieser Beschuldigung wandte sich Thomas an die Berliner Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes mit dem Antrage, das Ausschlußverfahren gegen ihn einzuleiten:

„In der KPD ist ein Verfahren gegen mich und den mitbeschuldigten Kollegen nicht eröffnet worden, sondern wir sind auf blöde Vermutungen beschränkt worden. Vielleicht könnt Ihr uns Rat erteilen, wie wir unsere Rechte wieder erlangen können. Ich bin seit vier Wochen arbeitslos und kann mich natürlich nicht um Arbeit bemühen, da man doch etwas Ehrgefühl im Beise hat. In der Hoffnung, daß Ihr das Verfahren beschleunigt.“

Paul Thomas, Buchnummer 3 375 507.

Da der Metallarbeiterverband keine Spitzeln in seinen Reihen dulden kann, leitete die Verwaltung das Ausschlußverfahren gegen Thomas ein und ersuchte die KPD, ihr Beweismaterial beizubringen. Es geschah dies am 24. Oktober. Da bis zum 18. November noch keine Antwort eingegangen war, wiederholte der Metallarbeiterverband sein Ersuchen und bekam dann auch folgende Auskunft:

Ihre beiden Briefe vom 24. Oktober und 18. November, in der Angelegenheit des Spitzels Thomas, haben wir erhalten. Wir werden mit diesen Briefen von Ihnen aufgefördert, das bei uns vorhandene Material, das zum Ausschluß des Spitzels Thomas aus unserer Partei geführt hat, Ihnen zur Verfügung zu stellen bzw. einen verantwortlichen Genossen mit dem Material zu einer vor Ihnen einberufenen Sitzung, in der über den Ausschluß des Thomas aus dem DMB beraten werden soll, zu senden.

Die Unterlagen und Beweismittel, auf Grund deren Thomas aus unserer Partei ausgeschlossen wurde, sind von mehreren unserer Genossen des Schöneberger Bezirks, in dem Thomas wohnte und zuständig war, durchgesehen und geprüft worden. Diese Genossen haben sich einwandfrei davon überzeugt, daß Thomas Spitzeldienste für die Polizei und auch für den „Vorwärts“ geleistet hat. Es muß Ihnen aus diesem Grunde begreiflich sein, daß wir es absehen müssen, unser Material Ihnen zu überlassen, die mehr oder weniger mit diesen Stellen Verbindung haben, weiß dadurch die Gefahr besteht, daß unsere Gewährsmänner preisgegeben und auf diese Weise festgesetzt werden könnte, von welcher Seite wir in den Besitz des Materials gekommen sind. Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, Adlig. Gewerkschaften, gez.: Unterschrift.

Edt bolschewistisch. Nicht die Bezirksleitung selber, sondern mehrere „Genossen des Schöneberger Bezirks“ haben sich einmündig (?) davon überzeugt, daß Thomas Spitzeldienste geleistet hat. Weil die Bezirksleitung der KPD, die Schwäche ihrer Position auch in diesem Punkte nicht zugeben will, unterstellt sie den Mitgliedern der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes, daß sie die Gewährsmänner preisgeben würden. Diese Einheitsfrontbrüder lassen erst nachher auf Antwort warten und suchen dann den Wandel an Beweisen durch schuftige Verdächtigung von Gewerkschaftsführern zu ersetzen. In der Zeitung des Metallarbeiterverbandes müssen schon so erhörte Burschen sitzen, wie sie die Bolschewisten gebrauchen, wenn eine solche Verdächtigung einen Schein von Berechtigung hätte. Bei freigezwungen organisieren Arbeitern ist es stets Ehrenpflicht gewesen, das in Untersuchungen mitgeteilte Material als vertraulich zu betrachten. Die KPD. kann keinen einzigen Fall angeben, wo sich ein Gewerkschaftsfunktionär einer solchen Gemeinheit schuldig gemacht hätte, wie sie von der KPD. offenbar infolge von Erfahrungen in ihren Reihen angeblich befürchtet wird. Nun, am Sonntag wird die Berliner Arbeiter-Schaft der arbeitereindlichen KPD. den gehörigen Danksatz geben.

Lohnregelung in den Berliner Gas- und Wasserwerken

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hatte am 21. November den Lohnsatz, der bis 1. Dezember lief, gekündigt, und zugleich Lohnaufbesserungen von 16 und 17 Pf. pro Stunde ab 1. Dezember beantragt. Die Verhandlungen zwischen den Parteien am 29. November führten zu keinem Resultat; doch war auf beiden Seiten der Wille vorhanden, diesmal ohne die Schlichtungsbehörde fest zu werden. Man kam aus diesem Grunde zu einer Vertagung auf Montag, den 1. Dezember, vormittags 11 Uhr, um den Parteien Gelegenheit zu geben, nochmals mit ihrer Mandatgebenden Führung zu verhandeln. In den Verhandlungen wurde nun folgender Beschluß getroffen:

Zwischen den Direktionen der Berliner städtischen Gaswerke A. G. und der Berliner städtischen Wasserwerke A. G. einerseits und dem Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbande, Ortsgruppe Berlin andererseits ist heute folgende Vereinbarung getroffen:

Die Lohnsätze werden mit Wirkung vom 1. Dezember, geltend bis 31. März 1925, wie folgt erhöht:

Arbeiter:

Gruppe 1	von 54 auf 59 Pf. je Stunde, also um 5 Pf.
2	50 65 „ „ „ „ „ 15 „
3	68 76 „ „ „ „ „ 8 „

Arbeiterinnen:

Gruppe 1	von 39 auf 42 Pf. je Stunde, also um 3 Pf.
2	40 44 „ „ „ „ „ 4 „
3	43 47 „ „ „ „ „ 4 „

Reinigungsfrauen bei weniger als sechsständiger Tagesbeschäftigung von 42 auf 45 Pf. je Stunde, also um 3 Pf. Borarbeiter erhalten anstatt der bisher gezahlten 5 Pf. 6 Pf. je Stunde Zuschlag. Rohrleger-Polier erhalten statt bisher 43,50 M. einen Wochenlohn von 48,50 M. Betriebs- und Werkstatt-Polier statt bisher 49 M. einen Wochenlohn von 55 M.

Dieses Lohnabkommen kann beiderseits mit einwöchiger Frist gekündigt werden, wenn die Reichsindexziffer sich um 5 Punkte erhöht oder senkt.

Die Tarifkommission nahm sofort Stellung zu dem Abkommen und billigte es einstimmig, so daß es sofort in Wirkung tritt.

Achtung Eisenbahner!

Am Donnerstag, den 4. Dezember, nachm. 5 Uhr in der Schulaula Bromberger Straße

Oeffentliche Versammlung

der Eisenbahn-Arbeiter und -Beamten.

Tagessordnung: Die Eisenbahner zum 7. Dezember!

Ref.: Genosse Redakteur Alexander Stein.

Eisenbahner! Erscheint in Massen! Der Werbeausschuß.

Ende des Dreherstreiks in der AEG-Turbine.

Der Gesamtbetriebsrat hat jetzt mit der Direktion über die Forderung der Dreher auf Abschaffung der Akkordpreisberechnung auf der Grundlage von sogenannten Einheitswerten verhandelt. Die Fabrikenoberleitung sagte zu, in Zukunft in allen Fabriken der AEG, also auch in der Turbine, die Akkordkalkulation nach Marx und Piennigen vorzunehmen. In einer Sonderverhandlung mit der Direktion der Turbinenfabrik erklärte sich die Direktion bereit, die schlechten Akkordpreise einer Nachkalkulation zu unterziehen.

In einer Versammlung der streikenden Dreher, die gestern mittag tagte, fand sich keine Mehrheit für eine Fortsetzung des Streiks. Ueber die Wiederaufnahme der Arbeit wird eine Betriebsversammlung beauftragt, die heute vormittag um 11 Uhr im Arbeiter-Gesellschaftshaus, Wicelstraße, stattfindet.

„Gewerkschaftsspaltung“

Wie die Sache in Gotha gemacht wurde.

Der „Gewerkschafts-Zeitung“, dem Organ des ADB, entnehmen wir folgendes über die bekannte Gothaer Weltaktion:

Am 3. Oktober dieses Jahres veränderte das Zentralorgan der kommunistischen Partei freudestrahlend mit großer Schlagzeile „Der Gothaer ADB-Ortsausschuß ruft zum Kampf“. Der dann abgedruckte Aufruf zeigte die übliche kommunistische Aufmachung und brachte neben vielen anderen folgende Forderungen:

1. Kampf gegen jeden Lohnabbau. Zugleich Kampf für eine sofortige 40prozentige Erhöhung des Lohnes.

2. Kampf gegen jede neue Arbeitszeitverlängerung. Nach acht Stunden verläßt den Betrieb.

3. Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen! Kampf dem Terror der weißen Justiz! Weg mit dem Staatsgerichtshof!

Auf Anfrage des Bundesvorstandes bestätigte die Leitung des Gothaer Ortsausschusses, daß tatsächlich diese Forderungen vom Ortsausschuß in gemeinsamer Sitzung mit den Betriebsräten aufgestellt worden sind, ob diese Forderungen nicht berechtigt seien, und daß der Ortsausschuß doch Beschlüsse der Betriebsräteparlamentarier auszuführen habe. Die Scheinheiligkeit des letzten Hinweises war aber inzwischen längst erwiesen, weil uns ein Rundschreiben der kommunistischen Partei Großhürlingens, Abteilung Gewerkschaften, vom 18. September in die Hände gefallen war, in dem es hieß:

„Wir planen eine große Mobilisierungskampagne der Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften, um die führenden Gewerkschaftsinstanzen zu zwingen, zu der wachsenden Not der Besitzlosen Stellung zu nehmen.“

Das Gothaer Gewerkschaftskartell wird nach gründlicher Vorbereitung eine Reihe populärer Forderungen aufstellen, die eine Plattform bilden, auf der es möglich ist, breite Arbeitermassen in den Kampf zu führen. Diese Forderungen müssen, sobald sie in der Presse bekanntgemacht werden, in allen Gewerkschaften Betrieben und Ortsausschüssen diskutiert und Relationen im zustimmenden Sinne angenommen werden. Wir werden eventuell vom ADB. einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress verlangen...

Ihr müßt deshalb in den Betriebszellen und Fraktionen zu unseren Vorläufigen Stellung nehmen und überall Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen vorbereiten, in denen dann die Gothaer Forderungen geschildert mit unserem Kampfe für die Einheit zur Gewerkschaftsbewegung verbunden werden müssen.“

Für die „Männer“ des Gothaer Ortsausschusses, die alle stamme Kommunisten sind, gina dieser Parteibefehl über alles. Um der Ausführung dieses Parteibefehls willen setzten sie sich über die Bundesaktionen, über die Beschlüsse der Ortsausschüsse und über die Interessen der Gewerkschaften in der verantwortungsoffenen Weise hinweg. Es ist gar nicht darüber zu diskutieren, ob die Forderungen berechtigt sind oder nicht. Die unter Ziffer 3 aufgestellten Forderungen sind rein parteipolitischer Natur. Die kommunistische Partei mag sich dafür einsetzen, das kümmert die Gewerkschaften gar nichts; aber die Gewerkschaften können solche Forderungen nicht für sich als Kampfziele aufstellen. Begeben sie sich auf diesen Weg, so ist es zu Ende mit der wirtschaftlichen Interessensvertretung. Die Führung von Lohn- und Arbeitskämpfen ist Sache

der einzelnen Zentralvorstände, nicht Sache des Bundesvorstandes, noch weniger Sache der Ortsausschüsse. Den Ortsausschüssen ist es deshalb in den Satzungen des Bundes ausdrücklich untersagt, in dieses Gebiet einzugreifen. Trotzdem entließ sich der Ortsausschuß nicht, für eine 40prozentige Lohnaufbesserung und zum Verlassen der Betriebe nach achtfündiger Arbeitszeit aufzutreten. Ohne Widerhall ist dieser Aufruf verklungen. Die Gewerkschaftsmitglieder haben damit gezeigt, daß sie besser über die Auswirkung eines solchen Beschlusses zu urteilen wissen, als die kommunistischen Korporanten des Gothaer Ortsausschusses. Diese haben anscheinend nicht bedacht, daß in all den Fällen, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraglich geregelt sind, der einseitige Bruch dieser Arbeitsbedingungen, abgesehen von den sich daraus ergebenden Abwehrmaßnahmen der Unternehmer, die beteiligten Arbeiter schadenhaftig macht. Die Gothaer Ortsausschüsse haben deshalb wohl bewiesen, daß sie kommunistische Parteibefehle zu respektieren wissen, aber auch bewiesen, daß es ihnen entweder des notwendigen Verstandes oder des erforderlichen Verantwortungsgefühls ermangelt, den Gewerkschaftsmitgliedern als Berater hilfreich zur Seite zu stehen. Beides ist aber für den Bundesvorstand Grund genug, diesen Leuten die Möglichkeit zu nehmen, ihr Unwesen unter der Firma einer offiziellen Vertretung des Bundes noch fortzusetzen. Auf Beschluß des Vorstandes vom 12. November wurde der bisherige Vorstand des Ortsausschusses deshalb mitgeteilt, daß der Vorstand dieses Ortsausschusses nicht mehr als örtliche Vertretung der Bundesorganisation anerkannt. Der Ortsausschuß ist damit aufgelöst. Mit der örtlichen Vertretung des Bundes und der Zusammenarbeit der Gothaer Gewerkschaften in einem neuen Ortsausschuß wurde der Genosse Friedrich Meyer, Gotha, Uhlstraße 1, betraut. Nur dieser ist berechtigt, im Namen des Ortsausschusses Verhandlungen zu führen oder Mitteilungen zu veröffentlichen.

Die „Rote Fahne“ besetzte sich am Sonntag mit der Durchkreuzung des Planes der KPD-Zentrale durch den Vorstand des ADB. und bezeichnet dessen Schreiben an die kommunistischen Parteiführer im bisherigen, jetzt aufgelösten Ortsausschuß in Gotha als ein „Dokument der Gewerkschaftsspaltung.“

St. Das Rundschreiben der kommunistischen Partei Großhürlingens vom 18. September ist ein beweiskräftigeres Dokument der bolschewistischen Gewerkschaftsspaltung, die unter dem Lügenmantel der „Einheitsfront“ betrieben wird?

Die But der bolschewistischen Drahtzieher über die Aufdeckung und Unschädlichmachung ihrer in Gotha eingefädelt Aktion ist grenzenlos. Sie leugnen natürlich, daß sie selber die Forderung schon vorher ausgesprochen und sie dann dem kommunistischen Ortsausschuß präsentiert haben. Die bolschewistischen Strassenläufer ihren Schurkenstreich, der die Arbeitermassen ins Unglück stürzen sollte, zu vertuschen, indem sie von einem „Schurkenstreich des ADB-Vorstandes“ zerkern, obwohl der Vorstand des ADB. lediglich seiner Verpflichtung nachzukommen ist, die Durchführung der Satzungen des Gewerkschaftsbundes zu überwachen. — Lassen wir die Gesellschaft schimpfen, das Wasser steht ihr schon bis zum Hals. Sie wird in ihrer Schlammslut erstickt.

Der Schiedsspruch im Bergbau.

Darmstadt, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches im Bergbau vom 25. November, der von den Arbeitnehmern angenommen, vom Gewerkschaftsbund jedoch abgelehnt wurde, finden am Mittwoch, den 3. Dezember, auf Anordnung des Reichsarbeitsministers in Berlin statt.

Metallarbeiterstreik in Westfalen.

Herford, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Metallarbeiter in Herford sind wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten.

Schlung, SPD-Metallarbeiter des Südbereichs (8-10). Die Vertrauensleute treffen sich am Mittwoch nach Schluß der Konferenz im Saal 2 des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 24/25.

Der Fraktionsvorstand.

SPD-Abteilung Gastwirtsgehilfen.

Am Mittwoch, den 3. Dezember 1924, 2 Versammlungen im „Kofenhäuser Hof“, Rosenfelder Str. 11/12 mit dem Thema: „Der 7. Dezember und die Arbeiterbewegung im Gastwirtsberuf.“ Tagessammlung: Nachmittags 5 Uhr. Referent: Landtagsabgeordneter Frau Gertrud Hanna. Nachversammlungen: Rechts 1 Uhr (nach Geschäftsstunde). Referent: Abgeordneter Erich Ruttner. — Rollstuhlfahrer und Kollegen! Nur noch wenige Tage trennen uns von dem Gastwirtsberuf, dem 7. Dezember! Es gilt, bis dahin jede Minute ungeduldiger auszunutzen, herum zu laufen alle eifrig für den Besuch der Versammlungen. Besonders möchten wir die weiblichen Arbeiterinnen auf die Tagessammlung, in welcher Frau Gertrud Hanna sprechen wird, aufmerksam machen.

Der Ortsleiter, J. A.: G. Seiffert.

„Turbine“. Heute vormittag 11 Uhr im Arbeiter-Gesellschaftshaus Versammlung aller streikenden und ausgepöbelten Kollegen. Berichtserstattung von den Verhandlungen.

„Mitgliederversammlung, Reinmehlen und Optik, am Mittwoch, den 3. Dezember, abends 7 Uhr, im Restaurant „Alter Kustanier“, Uhlstraße 11. Verhandlung der Zimmerer, am Sonnabend 6. und Montag, den 8. Dezember, müssen in allen Bezirken Bezirksversammlungen abgehalten werden.

Verantwortlich für Postil: Ernst Reuter; Wirtschaft: Fritz Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Seiffert; Fraktionen: Dr. John Schifano; Sofoles und Sonstige: Erik Korstädt; Anzeigen: Th. Glöck, sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag, Berlin. und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Uhlstraße 1. Hierzu zwei Beilagen und „Die Wählerin“.

Wählt

DUNLOP

CORD
Reifen

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Sophien-Säle Sophienstraße 17-18. Norden 9296. Säle frei!

Wähle Voxhaus!

Dann urteile!

Eine Qualitäts-Zigarette für zwei Pfennige

Das Geheimnis der Schrift.

Graphologie ist keine Spielerei.

Daß der Charakter des Menschen in unmittelbarer Beziehung zu seiner Handschrift steht, ist eine Erkenntnis, die schon Aristoteles hatte. Auch Lavater beispielsweise und Leibniz sowie Goethe haben diese Zusammenhänge gekannt, große Schriftenmengen angelegt und selber Handschriftenentwürfe verfaßt. Französische Forscher sind es dann gewesen, die vor ungefähr erst fünfzig Jahren versucht haben, auf dem Wege der Erforschung ein System der Graphologie zu schaffen. Deutsche Gelehrte haben aus diesen Ergebnissen die Schriftausdrucksbewegungen auf wenige, klar umrissene Grundzüge zurückgeführt und diese Eigentümlichkeiten wissenschaftlich begründet. Seit dieser Zeit ist die Graphologie unter die Wissenschaft zu rechnen.

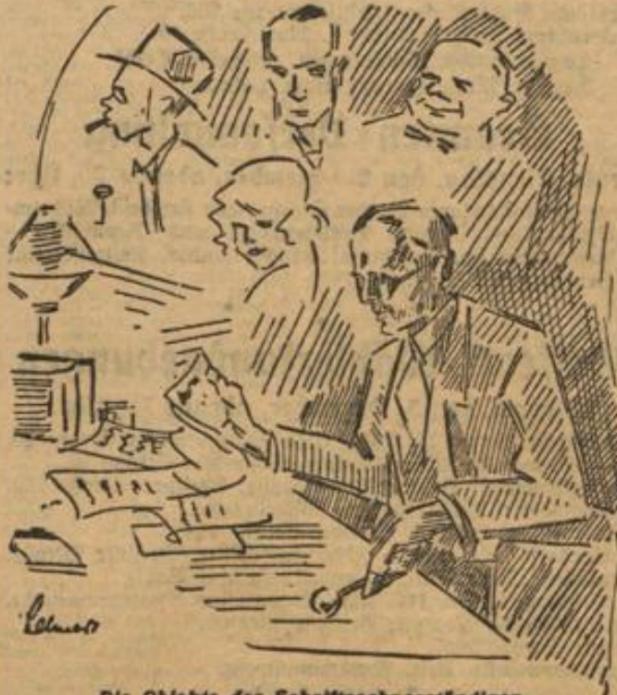
Wie man den Charakter der Braut erforscht.

Wenn der junge Mann die Hochzeitstage und die junge Dame die Brautzeit überstanden hat, dann pflegt eine Zeit der übertriebenen Herauskehrung der Persönlichkeit einzutreten. In diesem Stadium werden die großen Pläne geschmiedet, und in dieser Zeit befaßt sich der junge Mann auch wohl einmal mit der Graphologie. „Erfenne dich selbst“ liest er im Schaufenster, stürzt sich auf das Buch und überschaut den Inhalt noch in derselben Nacht; die Sache läßt ihn eine Woche lang nicht los; er vergleicht seine Handschrift mit den Schriftproben in der Broschüre, läßt sich einen Augenblick selber allen Menschen überlegen und zerrt auch die Briefe seiner Verlobten hervor. Dann liest er im Angegentell seiner Zeitung die Ankündigung eines Graphologen: „Charakterdeutung auf wissenschaftlicher Grundlage! Wichtig für die Ehe!“ In zitternder Erwartung schickt er die Handschriftprobe seiner Braut dem Manne, der alles weiß und erfährt. Die Antwort lautet etwa so: „Sie (nämlich die Braut) ist nicht schwer und materiell veranlagt, daher wird die Ehe die ihr eigen ist, kaum jemals auffällige Formen annehmen. Sie ist ein heller Kopf, ohne jedoch gerade mit hoher Energie sich in das Wesen des Geistigen zu versenken. Wegen ihrer wechselnden, stimmungsmäßigen Bewertung der Dinge ist sie nicht immer reiflos zuverlässig, nicht aus Bosheit, sondern aus Verwirrung.“ Dieser letzte Satz ist von verhängnisvoller Wirkung. Jetzt weiß er, worum es geht und schreibt den Abschiedsbrief. Nach Monaten mag er, seine eigene

Beweismittel angelesen hat. Von nun an hat er bei dem Wort Graphologie ein skeptisches, ablehnendes Lächeln: „Schwindel!“ Aber alle jene „tüchtigen“ Gelehrten, die in marktfeilerischen Anpreisungen auf graphologischem Wege Zukunftsprophetieungen versuchen oder Menschen „zusammenführen“, werden von den wissenschaftlichen Schriftsachverständigen entschieden abgelehnt!

Graphologie bei Siemens-Schuckert.

In dieser Auffassung und daran, daß die Erfolge der Graphologie so wenig bekannt sind, sind freilich zu einem guten Teile die Graphologen auch selbst schuld. Sie sind in der Stille arbeitende Wissenschaftler oder stark beschäftigte, langjährige Praktiker, die bisher



Die Objekte des Schriftsachverständigen.

keine Zeit hatten, sich mit den Auswüchsen zu befassen. Wer in die Werkstatt eines Graphologen oder eines Schriftsachverständigen schauen kann, dem wird es zum Bewußtsein kommen, wie sehr sich Grapholog und Graphologe unterscheiden, wenn er sieht, wieviel mühselige, mehrstündige Arbeit und wieviel Nerven es unter Umständen kostet, um allein ein einziges, zuverlässiges Gutachten über eine Handschrift zu erlangen. Vermerkt doch die moderne Graphologie bei ihren Gutachten die Ergebnisse der Psychologie, der Psychoanalyse und gewisse Grundzüge der Pädagogik. Bei dieser Gründlichkeit ist die Treffsicherheit der Charakteranalyse überraschend vollkommen und die Bedeutung eines auf diese Weise erhaltenen Gutachtens außerordentlich groß. Von hier aus ist die vielseitige praktische Bewertung der Graphologie möglich geworden. So haben heute eine ganze Reihe großer Industriewerke eigene angelegte Berufsgraphologen — allen voran die Siemens-Schuckert-Werke —, die die eingehenden Personalüberprüfungen zu begünstigen haben. Denn die wichtigsten Charaktereigenschaften wie Vertrauenswürdigkeit und Ehrlichkeit, die Arbeitseigenschaften als da sind Fleiß, Leistungs- und Zuverlässigkeit wie auch die Intelligenz und Anpassungsfähigkeit vermag der Graphologe mit ziemlicher Sicherheit, natürlich innerhalb gewisser Grenzen, festzustellen. Die Anlage zur

Heuchelei und zum Lügner ist dem Eingeweihten beinahe auf den ersten Blick erkennbar, ebenso wie die Schrift des Verbrechers und des Psychopathen oder des Paralytikers deutlich erkennbar sind. Welches wichtige Hilfsmittel die Graphologie auf diese Weise bei der Personalauswahl und bei den Eignungsprüfungen bildet, ist von vielen Kaufleuten noch gar nicht erkannt. Es wird nur eine Frage der Zeit sein, daß an den höheren Handels- und Handelshochschulen Kurse von staatlich anerkannten Schriftsachverständigen veranstaltet werden, nachdem einige Universitäten die Graphologie als Lehrfach eingeführt haben. Ebenso eröffnen sich dem Pädagogen weite Perspektiven.

Im Dienst der Kriminalistik.

Eine andere Aufgabe als die Charakterologen haben die Schrift-untersucher; sie haben in der Hauptsache den Nachweis der Schrift-identität zu führen bei Fälschungen von Quittungen oder Testamenten, bei Fälschungen oder anonymen Briefen. Diese Gruppe muß mit der Anwendung modernster technischer Hilfsmittel, mit der Mikrotechnik und mit der Photochemie vertraut sein. Diese Sachverständigen arbeiten auch sehr eng mit der Kriminalbehörde zusammen. In Leipzig hat das Institut für gerichtliche Medizin für diese Zwecke eine eigene graphologische Abteilung errichtet; die sächsische Postverwaltung nimmt von jedem Sträflichen Schriftproben, und im Dresdener Kriminalmuseum sind eigens drei Herren angestellt, die die Handschriften sammeln, bearbeiten und die Vergleiche durchführen. Die Anwendung dieses wichtigen kriminalistischen Hilfsmittels, das allerdings des weiteren Ausbaues noch sehr bedarf, ist aber nicht überall so anerkannt wie in Sachsen. Es gibt noch manche Verwaltungsbehörden, die aus Unkenntnis über die Erfolge der Schrift-untersuchungen sich ablehnend verhalten, was nicht zuletzt auf die schon erwähnte unheilvolle Dilettanten-„praxis“ zurückzuführen ist. Um diesen Uebelständen endlich erfolgreich begegnen zu können, hat sich auf dem ersten Kongreß der deutschen Schriftsachverständigen in Leipzig der „Deutsche Bund der gerichtlichen Schriftsachverständigen und Berufsgraphologen, Sitz Berlin“, gebildet. Es darf sich künftighin nur anerkannter Graphologe oder Schriftsachverständiger nennen, wer eine Prüfung abgelegt hat. Wer den Beruf ergreifen will, muß mindestens 25 Jahre alt sein und eine einjährige theoretische sowie eine zweijährige praktische Lehrzeit durchgemacht haben. Der Befähigungsnachweis wird von einer aus Wissenschaftlern und Praktikern zusammengesetzten Prüfungskommission erteilt.

Der Zusammenschluß und die angeführten Beschäfte sind im Interesse der vollen Anerkennung der Graphologie und ihrer wissenschaftlichen Weiterbildung außerordentlich zu begrüßen, damit auch jene Geschäfte, die von der Graphologie sich nur den Namen ausgeborgt haben, künftighin der echten, wissenschaftlichen Forschungsarbeit und praktischen Tätigkeit im Dienste von Wirtschaft, Kriminalistik und Pädagogik keinen Schaden mehr zufügen können.

Geislers neueste Pleite.

Am gestrigen Abend hatte die Deutschnationale Volkspartei alle nationalgeföhrten Volksgenossen zu einer Wählerversammlung in die Schulaula nach Niederschönneweide einberufen. Die republikanischen Parteien und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß marschierten so stark auf, daß dem Herrn Geisler, dem sonst so Wortgewandten, nicht das rechte Wort aus der Kehle heraus wollte, so daß er sich in den schwierigsten Situationen erging. Einzelne demagogische, gegen die deutsche Republik gerichtete Ausführungen wüßten spontan den Unmut der Versammlung aus. Von den Vertretern des Reichsbanners und der Sozialdemokratischen Partei wurde dann in der Diskussion mit Herrn Geisler gehörig abgerechnet. Die Versammlung stimmte freudig den Ausführungen der Diskussionsredner zu, und minutenlangem Beifall durchlöste den Raum. Am Schluß der Versammlung stimmten das Reichsbanner und die Republikaner gemeinsam republikanische Lieder an. Eine Entschließung folgender Inhalts wurde, nachdem der Vorsitzende es ablehnte, darüber abgestimmt, in der Versammlung angenommen:

„Die heute von der Deutschnationalen Volkspartei einberufene öffentliche Wählerversammlung protestiert gegen die demagogischen, volksverhetzenden, republikanisch gerichteten Ausführungen des Herrn Geisler. Die Versammelten erklärten vielmehr, daß sie gewillt sind, alle Kräfte für die Erhaltung der Deutschen Republik einzusetzen, und daß sie am 7. Dezember nur republikanisch wählen werden.“



„Na, na, das ist so leichtsinnig.“

Schrift dem „Graphologen“ zur Beurteilung einzusenden. Da erhebt er die erste Enttäuschung: „Das bin ich auf keinen Fall!“ Zufällig liest er in der Zeitung, daß bei dem großen Prozeß in L. der Verteidiger auf die „bekanntesten“ Richter und Sachverständigen der Schriftsachverständigen hingewiesen und daß das Gericht daraufhin das Gutachten des hinzugezogenen Schriftsachverständigen nicht als

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

„Und doch haben Sie meine Gesellschaft so geduldig drei Abende in der Woche ertragen,“ meinte Bertram. „Abende, ja! Aber nicht dreimal zum Frühstück! Gerade das erste Frühstück am Morgen ist der Prüfstein der Liebe. Die meisten zerbrechen darüber wie weiche Eier.“

Bertram war nie sicher, wie weit Janets Reden aufrichtig waren, und ob sie selber all das grösste Zeug glaubte. Viel mehr behandelte sie ihn wie ihre Blinden, denen sie auch alles mögliche vorschmeckte, um sie aufzuheitern. Einst sagte er es ihr auch auf den Kopf zu, und sie errötete leicht, wie schuld-bewußt.

Noch einmal brachte er sie zum Errotten, als er von Christs Liebe zu ihr sprach. „Ich vermute, Sie wissen, wie Christy Sie vergöttert?“

Sie verschleierte ihre Augen mit den langen braunen Wimpern und sagte: „Ja, ich weiß es. Armer alter Pleistofaurus!“

„Weshalb verloben Sie sich nicht mit ihm?“

Sie lächelte. „Er hat mich ja nie darum gebeten, Herr, sagte die Maid. Und außerdem habe ich Ihnen ja auch nicht erzählt, daß ich seine düstere Blut erwidere.“

„Er ist einer der Besten auf dieser Welt,“ sagte Bertram warm.

Sie stimmte zu, meinte aber, die Besten seien ebenso schwer zu behandeln wie die Schlechtesten, wenn es darauf ankäme, mit ihnen zusammen zu hausen und zu frühstücken.

„Sind Sie denn nicht von Fleisch und Blut?“ fragte er halb im Ernst, halb im Scherz. „Brauchen Sie denn die Liebe nicht und die Leidenschaft im Leben?“

Sie pflegte so freimütig mit ihm zu reden, daß er so fragen durfte. Dieser Zweifel an ihrer Menschlichkeit amüsierte sie unglaublich.

„Mensch!“ rief sie, „ich bin ja die leidhaftige Kleopatra ohne ihren Antonius! Wenn ich nicht das Ventil der Blinden, der politischen Versammlungen, der freien Romane und allerlei Arbeit hätte, Gott weiß, was für verlebte Abenteuer ich erleben würde. Ich befaße mich mit der Sublimierung des Geschlechtstriebes, wie sie Psycho-Analysierer das nennen.“

„Was, zum Teufel, ist das nun wieder?“ fragte Bertram.

„Das nennt man so, wenn man die Erregung auf intellektuelle Ziele überträgt, zum Beispiel Bücher produziert statt Babies, die Gesellschaft reformiert, statt nach einem Ruß zu schmachten. Und das ist auch mein Rat für Sie, junger Mann.“

Vergessen Sie Joyce und die Ehe für eine Weile! Das Leben birgt Größeres. Gehen Sie hin und machen Sie meinetwegen eine Revolution oder fällen Sie Bäume in Kanada oder belehren Sie Kannibalen zum Christentum oder Christen zu einem höheren Ehrbegriff, — irgendeine gute, gerade, laubere, männliche Aufgabe, die nichts zu tun hat mit der ewigen weichen und süßlichen Frage von Liebe und Kunitunde. Vergessen Sie das einmal, Sie Ritter von der traurigen Gestalt!

Aber Bertram schüttelte den Kopf. „Natur bleibt Natur. Sie läßt einem keine Ruhe. Sie quält und quält.“

„So lassen Sie sich nicht quälen! Zeritreten Sie den kleinen Teufel! Sagen Sie: hinweg du Vampyr! Sehen Sie mich an! Eine Kleopatra und doch untadelig wie Cäsars Weib!“

Sie heiterte ihn auf, und schließlich steckte etwas Wahres in ihrer Auffassung. Er mußte den Gedanken an Joyce aus Herz und Kopf reißen. Arbeiten! Gut, er schrieb Artikel für die „Neue Welt“. Das half vergessen.

Und doch geschah es, daß diese Janet, so heiter, so gültig, so weise, trotz ihrer teuren Rede- und Denkweise ihn gerade in der Weise zu beunruhigen begann, die er zu vermeiden wünschte, und die sie so verpötte.

Eines Abends regte sie ihn auf, als sie unvermittelt sagte: „Schade, Ritter Treu, daß Sie mich nicht geheiratet haben statt Joyce. Ich verstehe Sie besser. Und Sie waren doch der Prinz meiner Träume in den Tagen, da Sie mich in Kensington Gardens küßten.“

Und das sagte sie plötzlich in der ihr eigenen sachlichen Weise. Er war so seltsam verwirrt, daß er kaum etwas zu sagen mußte.

„Zu spät!“ war alles, was er sagen konnte, und dann lachte er nervös.

Und wieder regte sie ihn auf, wenn sie abends auf einem Schemel zu seinen Füßen saß, ihren Kopf an seine Knie gelehnt. Er hatte es sehr gern, es war so kameradschaftlich und schweizerlich, aber — er war nur ein Mensch und von seiner Frau getrennt, und kein körperloser Geist.

Aber eines Abends, als er sich verabschiedete, hielt sie ihm ihr Gesicht zum Kusse hin und sagte: „Ein keuscher Gruß, Ritter Treu! Warum denn nicht?“

Er küßte sie, und es tat ihm wohl in seiner Einsamkeit. Aber sein Gewissen war nicht ruhig, denn er wollte Joyce, wenn sie auch lieblos gegen ihn war, die Treue halten und ebenso Christy, der sein Freund war und Janet liebte.

Als er diesen Abend heimging, sprach er laut sein altes Wort vor sich hin: „Wie schwer ist doch alles!“

30.
Um halb neun Uhr morgens traf ein Donnerstag Bertrams Elternhaus. Er fiel in Gestalt des kleinen roten Umfchlages, und das Telegramm war an Bertram adressiert und kam aus Dublin.

„Dennis zum Tode verurteilt. Hinrichtung Mittwoch. Erstehe Vaters Einfluß. Susan.“

Bertram sah gerade beim Frühstück seinem Vater gegenüber, der die Morning Post las. Seine Mutter schenkte den Kaffee ein und sah, wie Bertram scharf den Atem einzog. „O Bertram,“ sagte sie leise, „schlechte Nachrichten?“

Schon war er versucht, sie zu belügen, aber er fühlte, daß sie sein Entsetzen bemerkt hatte.

„Keine guten,“ sagte er. „Es ist über Susans Gatten.“

„Der junge Taugenichts?“ sagte sein Vater und blickte von der Zeitung auf, „in was für eine Infamie ist er jetzt wieder verwickelt?“ Bertram las nun das Telegramm laut vor. Der Vater ließ die Morning Post sinken. „Ich würde keinen Finger rühren, um meinen eigenen Sohn vom Strick zu retten, wenn er ein Sinnfein-Mörder wäre.“ „Er ist der Mann deiner Tochter,“ sagte Bertram, „die Verwandtschaft ist immerhin ziemlich nahe.“

„Zu nahe,“ sagte Michael Pollard. „Susan hat ihren Namen durch diese heimliche, schandbare Heirat entehrt. Ich verzeihe ihr niemals. Ihr Name darf in meiner Gegenwart nie mehr genannt werden.“

Er nahm die Zeitung wieder auf und gab vor, ruhig weiterzulesen. Aber seine Hand zitterte so, daß das Papier knisterte.

„Michael!“ sagte seine Frau, „ich flehe dich an, um unserer lieben Susan willen. Ich war dir immer eine ergebene Frau. Ich flehe dich an, verwende allen Einfluß, um Gnade für diesen mißleiteten jungen Mann zu erwirken.“

Sie war aufgekündet und Bertram sah, wie tödlich erregt sie war. Plötzlich hatte das Alter sie gezeichnet, und sie erschien sehr alt, sehr zart und gebrechlich.

Sein Vater ließ die Zeitung sinken, und auch er schien bestürzt über das Aussehen und die Worte seiner Frau. „Meine liebe Frau,“ sagte er, „das Unglück trifft dein armes Herz schwer durch den Wahnsinn unserer Kinder. Aber ich kann in dieser Sache nichts tun, selbst wenn ich wollte. Wenn dieser Mensch vom Kriegsgericht verurteilt worden ist, so ist er des Mordes schuldig und muß die Strafe des Mörders erleiden. Meine Macht kann ihn nicht retten.“

(Fortsetzung folgt.)

Auf der Menschenjagd. Ein Stellenvermittlerprozeß.

Vor mehreren Monaten schilderte der "Vorwärts", wie in Berlin milde Stellenvermittler förmliche Jagden auf Arbeitslose veranstalteten, die sie als Bankarbeiter verschiden wollen. Einen Ausschnitt aus diesem Treiben dürfte jetzt ein umfangreicher Strafprozeß geben, der vor dem großen Schöffengericht Berlin-Mitte (Abteilung 209) unter Vorsitz des Amtsgerichtsrates Wartenberger gestern begann und voraussichtlich eine Woche dauern wird.

Es handelt sich um Straftaten verschiedener Art. Die Anklage spricht von Verbrechen gegen das Stellenvermittlergesetz, Vermittlungen ohne Konzession, Vermittlung ausländischer Arbeiter, übertriebenen Vermittlergebühren, Betrug bei der Rückweisung von Arbeitern zum Behelfe zu solchen Betrug, Nötigung und Beleidigung eines die Vermittler kontrollierenden Beamten des Arbeitsamtes Friedrichshain. Angeklagt sind: Gewerbegehilfe Julius Biemann, Schankwirt Wih. Knobel, Angestellter Daniel Semennna, Angestellter Max Hoffmann, Stellenvermittler Wih. Engel, Stellenvermittler Ignaz Gabriel, Stellenvermittler Felix Nowak. Zu dem Prozeß ist ein halbes Hundert Zeugen geladen, auch mehrere Sachverständige. Unter ihnen sind Beamte und Angestellte des Arbeitsamtes Friedrichshain, das sich bemüht hat, die besonders in der Gegend des Schließchen Bahnhofes betriebene milde Stellenvermittlung zu unterbinden.

Die Angeklagten Biemann, Engel, Semennna und Gabriel wurden aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Nowak, der ausgeschieden war und sich mit ruhrartigem Darmkatarrh entschuldigete, wurde durch einen Schupoemann aus seiner Wohnung herbeigeholt. Engel, Gabriel und Nowak haben Vorstrafen wegen Vergehen gegen die für Stellenvermittler bestehenden Vorschriften. Die Vernehmung der Angeklagten konnte zunächst nur ein allmähliches Bild geben; die Einzelheiten, die den verschiedenen Angeklagten zur Last gelegt werden, sollen bei der Vernehmung der Zeugen zur Sprache kommen. Hauptangeklagter ist der jetzt 36-jährige Biemann, der manches verlost hat (in jüngeren Jahren wollte er Lehrer werden) und unter anderem mehrfach auch auf dem Gebiet des Arbeitsnachweises und des Stellenvermittlungsbetriebes tätig gewesen ist. 1922 erließ er den Gedanken auf, aus alten Vorschriften einen "Reichsbund deutscher Aufseher und Vorarbeiter" zu gründen, der hauptsächlich Arbeitsvermittlung für die Mitglieder betreiben sollte. Biemann lud 14 Leute ein, der Bund wurde gegründet, aus den 14 Mann wählte man die nötigen sechs Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer wurde Biemann. Der Bund sollte in Wettbewerb mit einem schon bestehenden Verband der Vorarbeiter treten, den der Vermittler Gabriel leitete. Während Gabriel's Verband hauptsächlich ausländische Arbeiter zu vermitteln hatte, betonte Biemanns Bund das "Deutsche". Dieser sollte (wie ein Zeuge sagte) "eine Organisation in reinem deutschen Sinne" sein, und sein Statut sprach von "national gelinnten deutschen Aufsehern und Vorarbeitern". Um die Stellenvermittlung zu betreiben, schloß man einen Vertrag mit einer konzessionierten Stellenvermittlerin, Frau Ruch, die die Sache machte. Biemann erhielt anfangs 10 Proz. der Einnahmen des Bundes, als aber beim Bund die Bildung für Arbeitsvermittlung geschaffen war, gingen 10 Proz. der Einnahmen der Abteilung an den Bund, 30 Proz. an die Vermittlerin Ruch, 30 Proz. an Erich, der keine Räume im Hause am Schließchen Bahnhof 5 herab, und 30 Proz. an Biemann als Geschäftsführer. Aus diesen Anteilen bezahlte Erich seinen Angestellten Semennna und Hoffmann seinen Angestellten Hoffmann. Nachher, im Jahre 1923, wurde die Geschäftsführung von Knobel, der früher Vorarbeiter gewesen war und damals eine von Biemanns Mitarbeitern die behauptete Schankwirtschaft hatte. Vor Gericht sagte Biemann, daß Knobel keinen Verband zu führen vermöge, aber auf die Vorschnitter-Einnahme machen konnte. Knobel gab in seiner Vernehmung zu, daß er fast alle Arbeit von Hoffmann belegen ließ. Einen starken Kampf gegen Biemanns Bund führte Gabriel, mit seinem Verband, und mehrfach wurde von ihm Biemann wegen Verletzungen angezeigt. Aber auch Gabriel selber wird zur Last gelegt, daß er in keinem Stellenvermittlungsbetriebe sich gegen die Verbrechen verhalten hat. Dasselbe gilt von Nowak, der in seiner Vernehmung unter anderem erklärte, die von der Anklage als zu hoch bezeichnete Vermittlergebühr von 75 Mark sei "eigentlich gar kein Geld", weil davon viele Spesen abgingen.

Die Beweisaufnahme brachte zunächst die Aussage des Postinspektors Gulas, der die milden Vermittler zu beobachten hatte. Er ist auch auf Biemann eingestiegen, der ohne eigene Konzession arbeitete und Ausländer vermittelte. Biemann beschloß einen früheren Arzt, den Gulas als Schlepper bezeichnete. Dann wurden einige der Vorschnitter vernommen, die an der Gründung des Bundes beteiligt gewesen waren. Eine Hauptperson unter den Gründen war Vorschnitter Bischoff, der vor Gericht von dem "reinen deutschen Sinn" sprach. Im Bund hatte er den provisorischen Vorsitz. Junge Fischer, der sich landwirtschaftlicher Aufseher nennt, war Schriftführer im Reichsbund. Er konnte aber keine rechte Anrede darüber machen, was er in diesem Amt eigentlich zu tun hatte. Ein Vorschnitter Thomalaß, der einmal Biemanns Vermittlung zur Beschaffung von Schnittern in Anspruch genommen hat, schilderte, wie es ihm dabei erging. Als er auf der Schnitterjagd nach Berlin kam, wurde er auf der Straße angehalten (von Semennna, wie er vermutet) und zu Biemann gebracht, wo er auch einen "Herrn Doktor", jenen früheren Arzt, kennen lernte. Man versprach ihm Leute mit wenig Rindern, aber als Thomalaß die Kalonne auf dem Arbeiterbahnhof in Empfang nahm, um sie nach dem Merzbürgfeld zu seinem Gutsbesitzer zu bringen, waren es 25 Erwachsene, darunter fünf oder sechs hochschwängere Frauen, und dazu nicht weniger als 20 Kinder, die er mit "in den Kauf nehmen" mußte. Bei der Ankunft dieser Kalonne nannte der Gutsbesitzer keinen Vorschnitter Thomalaß während einen "Dosen", und es zeigte sich dann bald, daß unter den 25 Leuten nur die Hälfte wirklich Schnitter waren. Vor Gericht sagte Biemann, die Leute seien ihm durch den "Doktor" aus dem Asyl herangeschafft worden. Die Verhandlung wird heute fortgesetzt.

Großfeuer entstand gestern nachmittag 1/2 Uhr bei der Firma Dr. Offermann, Heidestr. 34, durch Ueberlocken von Fett. Der Brand brach im ersten Stockwerk aus und verbreitete sich in kurzer Zeit über das ganze einstöckige Gebäude, das vollständig ausbrannte. Die Feuerwehr gab aus vier Rohren Wasser und war über eine Stunde tätig. Bei den Löscharbeiten verunfallte der Feuerwehrmann August Schwemmer; er erlitt einen Schädelbruch sowie Bruch beider Arme. Sch. wurde in die Charité gebracht. Zur Abperrung mußten 150 Schupoemann's herangezogen werden. Die unterirdischen Benzinleitungen blieben unversehrt.

Der Ged. Rothemann-P. eis für Förderung und Erforschung der Behandlung von Herzkrankheiten ist von der medizinischen Fakultät der Universität Berlin dem Arzt Dr. Georg Dautle, Berlin-Wilmersdorf, verliehen worden.

Oeffentl. Wählerkundgebungen

heute, Dienstag, den 2. Dezember, abends 7 1/2 Uhr
Mitte: 6. Abt.: Büttner, Schwedter Straße 23.
Tiergarten: 8. Abt.: Nationalhof, Bülowstraße 37.
Prenzlauer Berg: 24. und 25. Abt.: Oberrealschule Postenstraße 44/45.
Friedrichshain: 34. Abt.: Comeniusstraße, Remeler Straße 67.
Kreuzberg: 46. Abt.: Schulaula Görlitzer Ufer 2.
Charlottenburg: 52. und 53. Abt.: Gemeindefschule Wiebestraße, Eingang Neues Ufer.
Spandau: Paradiesgarten, Seegeselder Straße.
Niederschönhausen: Schloß Schönhausen, Lindenstraße 11.
Rosenthal: Schneider, Hauptstraße.
Wittenau: Friß Schulz, Oranienburger Straße 88.
Tagesordnung: Wähler, entscheidet Euch!
Redner: Clara Böhm-Schuch, Bartels, Dr. Freund, Hirsch, Ad. Hoffmann, Kempfer, Lüdemann, Otto Meier, Bermuth, Hedwig Wachenheim.

Oeffentl. Frauenkundgebungen

heute, Dienstag, den 2. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Neukölln: Aula Kaiser-Friedrich-Straße 208.
Lichtenberg: Aula Mittelschule, Marktstraße 10.
Tagesordnung: Wählerinnen, entscheidet Euch!
Redner: Marie Juchacz, Wih. Landa.

Beamten-Versammlung

heute, Dienstag, den 2. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Tempelhof: Schulaula Werder Straße, Ecke Friedrich-Wilhelm-Straße. — Thema: Beamtenchaft und Republik. — Referenten: Landgerichtsrat Genosse Ruben, Polizeisekretär Genosse Hildebrandt.

Oeffentl. Wählerkundgebungen

Mittwoch, den 3. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Prenzlauer Berg: 27. Abt.: Aula Sonnenburger Straße 20. — 26. und 28. Abt.: Büttner, Schwedter Straße 23.
Charlottenburg: Hohenzollern-Festhalle, Berliner Straße 105.
Wilmersdorf: Viktoriengarten, Wilhelmstraße.
Mariensfeld: Haselhof, Berliner Straße 114.
Zehlendorf: Lindenpark, Zehlendorf-Mitte, Berliner Straße.
Neukölln: Neue Welt, Hasenheide (großer Saal).
Lichtenberg: 114. u. 116. Abt.: Logenkasino, Knorrpromenade.
Friedrichsfelde: Tempel, Prinzenallee 30.
Tegel: Strandloshaus.
Waidmannslust: Art, Waidmannstraße.
Tagesordnung: In letzter Stunde.
Redner: Rob. Breuer, Crippien, Hecksch, Adolf Hoffmann, Küttner, Leid, Otto Meier, Stampfer, Gerhart Seger, Hedwig Wachenheim, Jubeil.

Außerdem sprechen noch in der Neuen Welt, Hasenheide, in Charlottenburg und in Wilmersdorf die Genossen Dr. Otto Bauer-Wien und Fleißner-Dresden.

Bernau: Mittwoch, den 3. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Elysium. — Tagesordnung: Die Schicksalsfrage an das deutsche Volk.

Oeffentl. Beamten-Versammlung

Mittwoch, den 3. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Aula des Lessing-Gymnasiums, Panstraße 19. — Thema: Die Beamten und die Partei. — Referenten: Ministerialrat a. D. Genosse Fallenberg, Stadtrat Genosse Fuhs.

Die Todesfahrt auf der Auba.

Die Frage, welche Geschwindigkeit für Autos auf der Auba zulässig ist und die für Autofreie von höchstem Interesse ist, wurde gestern vor dem zweiten Großen Strafkammer des Landgerichts III erörtert. Am 7. Juli wurden, wie einzeln, die Brüder Morawik, die auf einem Motorrad fuhren, von dem Kraftfahrer Niemcewski mit einem von ihm gesteuerten 80 pferdigen holländischen Wagen von hinten überfahren. Einer der Brüder Morawik wurde auf der Stelle getötet, während der andere erst jetzt von seinen furchtbar schweren Verletzungen soweit wiederhergestellt worden ist, daß er aus dem Krankenhaus entlassen werden konnte. Er war aber nicht imstande, an Gerichtsstelle zu erscheinen. Niemcewski hatte sich auf einer Schwarzfahrt befunden; zu der er Bekannte eingeladen hatte, und er hatte das rasende Tempo von 100 Kilometer Stundengeschwindigkeit eingeschlagen. Trotz einer umfangreichen Beweisaufnahme

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 2. Dezember.
Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berl. Funkkapelle).
6.40—7.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. Abteilung Bildungskurse der Funkstunde. Literatur und Kunst. 6.40 Uhr abends: Prof. Colson: "Französische Literaturgeschichte" (in französischer Sprache). 7.10 Uhr abends: Dr. James Simon: "Die Sonate". 8 Uhr abends: Theaterfunk (Theodor Kappstein). 8.30 Uhr abends: Münchhausen-Abend. 1. a) Schlachtfeld am Barenberg. b) Der Nobiskrug. c) Ballade von Brennesselbusch. d) Graf Eginheim. e) Gottes Gnade (Ballade des Freiherrn Bärrens von Münchhausen, gesprochen vom Dichter). 2. a) Lebensbilder (op. 7, Nr. 1) Schmalstieg, b) Märchen (op. 47, Nr. 2) Schmalstieg. c) Der alte Herr, Hans Hermann. d) Alte Landsknechte, Hans Hermann (Kammersänger Leo Schützendorf von der Berliner Staatsoper). 3. a) Der Todspieler, b) Die Trommel der Ziska. c) Das Sonett des Petrarca. d) Die klugen Kleider (Freiherr Bärrens von Münchhausen). 4. a) Königin von Fanchon, Victor. b) Der Page von Hochburgund, v. Wolkowsky. c) Die vertauschten Frauen, Biedan, (Kammersänger Leo Schützendorf). Am Schwechten-Flügel: Otto Urrack. Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theatordienst.

war das Schöffengericht Charlottenburg zu der Ueberzeugung gekommen, daß sich eine völlige Klärung des Sachverhalts nicht herbeiführen lasse, und hatte, entgegen dem Antrage des Staatsanwalts, der auf ein Jahr Gefängnis lautete, den Angeklagten freigesprochen. Dagegen hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt, die nunmehr zur Verhandlung gelangte. Der Staatsanwalt beantragte diesmal zwei Jahre Gefängnis, da sich die Fahrlässigkeit des Angeklagten als eine noch größere herausgestellt hatte. Die Verhandlung endete damit, daß der Angeklagte zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde.

Ein „Apostel der Liebe“. Schwere Bluttat eines Leiermannes.

Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern mittag auf dem Hofe des Hauses Immanuelstr. 6 ab. Dort erschien um 12 1/2 Uhr der Drehorgelspieler Wilhelm Krey aus der Putzstraße 11 mit seinem Leierkasten, um seine Leier vorzutragen. Während er spielte, betrat der Hauptwachmeister der Schupo-Eislinger den Hof, auf dem der Beamte wegen der Viehhaltung zu tun hatte. Er trat auf den Drehorgelspieler zu und forderte ihn auf, seinen Ausweis zu zeigen. Krey griff darauf unter die Decke, die den Kasten der Drehorgel verhielt, zog einen Revolver hervor und gab auf den Hauptwachmeister rasch hintereinander 5 Schüsse ab, die den Beamten in den Kopf und an anderen Stellen des Körpers trafen. Hierauf zog Krey einen zweiten Revolver unter der Decke hervor und feuerte aus diesem sämtliche 5 Schüsse auf Eislinger ab, so daß er im ganzen einmal auf den Hauptwachmeister schoss. Eislinger griff ebenfalls zur Waffe und schoss sechsmal auf Krey, der durch die Schüsse leicht am Kopf und am Oberarm verletzt wurde. Inzwischen waren sowohl Hausbewohner als auch die Kameraden des schwer betroffenen Hauptwachmeisters herbeigeeilt, und ihren vereinten Kräften gelang es, den Drehorgelspieler festzunehmen. Er wurde als Staatsgefangener in das Krankenhaus in der Schornhorststraße gebracht. Dorthin schaffte man auch den Kameraden des Hauptwachmeisters Eislinger, dessen Verwundungen lebensgefährlich sind. Es befehlt kaum Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Der Drehorgelspieler Krey ist in der Gegend auf der Wache schon seit längerem bekannt. Er spielt die Rolle eines Friedensapostels und predigt immer die Liebe. Schon früher einmal hatte man sich seinen Drehorgelkasten näher angesehen und darin zwei geladene Revolver gefunden, die ihm abgenommen wurden. Wegen einiger anderer kleiner Vergehen war er mit mehreren Wochen Gefängnis bestraft worden. Bei der Vernehmung behauptete er, alles nur im Traume getan zu haben.

Am die Vergnügungssteuer. Der Steuerausschuß der Stadtverordnetenversammlung verhandelte gestern erneut über die Vergnügungssteuer. Es wurden die Vertreter der Sprechtheater, einschließlich der Revue- und Operettenbühnen sowie die Vertreter der Organisation der Varietés- und Kabarett-Unternehmungen gehört. Die Verhandlungen konnten gestern nicht zu Ende geführt werden und wurden auf heute vormittag vertagt. Infolgedessen können auch die Verhandlungen über die Vergnügungssteuer der Lichtbildtheater erst in der heutigen Sitzung zum Abschluß gebracht werden.

Die Befehle des von Mörderhand erschossenen Polizeiwachmeisters Bruno Fischer fand am Montag im Rebell der Novemberdämmerung auf dem neuen Garnisonfriedhof in der Hasenheide statt. Es hatten sich hierzu zahlreiche Leidtragende, die Angehörigen des Ermordeten und mehrere Hundert Beamte der Schupo- und Kriminalpolizei eingefunden. Im Auftrage des Polizeipräsidenten war Polizeiwachmeister Wolf erschienen, ferner der Kommandeur der Schupo-Eislinger, Oberst Kapitän und Oberst v. Brunen. Im Auftrage der Kriminalpolizei erwies Inspektor Klinkhammer und Kommissar Roth dem Toten die letzte Ehre.

Eisenbahnunfall bei Augsburg.

Die Reichsbahndirektion Augsburg teilt mit: Infolge plötzlichen Versorens der an der Ueberlandleitung der an die Imper-Werke angeschlossenen elektrischen Strombeleuchtung der Station Haselmoor überfuhr der Schnellzug Frankfurt a. M.—München gegen 6 1/2 Uhr das Einfahrtssignal bei dieser Station und fuhr einem ausfahrenden Güterzug in die Flanke. Dabei wurde der Packwagen des Güterzuges zertrümmert. Der Zugführer des Güterzuges kam in dem brennenden Wagen ums Leben. Vom Schnellzug sind drei Reisende leicht verletzt worden. Die Verkehrsstörung ist im Laufe der Nacht beseitigt worden.

Fünfzehn Jahre Zuchthaus für einen Mörder. Der schottische Korporal George Kallidan ist wegen Ermordung eines deutschen Mädchens in Köln vom englischen Kriegsgericht zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Das Urteil wurde vom Oberkommandierenden bestätigt.

Moffenkrankungen in einer Dresdener Strafanstalt. In der Gefangenenanstalt Treben 1 sind zahlreiche Gefangene beiderlei Geschlechts unter heftigen Magenbeschwerden erkrankt, so daß die Ueberführung einer Anzahl Kranken in das Krankenhaus erforderlich war. Man glaubt, daß die Erkrankungen auf verdorbene Lebensmittel oder Trinkwasser zurückzuführen sind.

Dierzehn Seelen ertrunken. Zwei Schaluppen sind nach einer Weildung aus Madrid im Hafen von Port Corona im Sturm untergegangen. Dierzehn Mann der Besatzung sind ertrunken.

Jugendveranstaltungen.

Abteilung: Abteilungsleiter: Sie bitten unsere schriftlichen Wohnungen unbedingt zu beachten.
Abteilungs-Mitgliederversammlungen. Heute, 7 1/2 Uhr:
Buddels. Ref. von Kallid, Quapitz, 71. — Mariendorf. Wie Schule, Doct. 7. — Waidl. H. Schule am Siedlungsplatz. Vortrag: „Mitteln und Mittel“. — Waidl. H. Jugendheim Rosenthal, 59. — Waidl. H. Ref. zum „Sämannel“, Siedlungsplatz, 21. — Waidl. H. Jugendheim Siedlungsplatz 44. — Waidl. H. Schule Kaiser-Friedrich-Straße 4. — Waidl. H. Schule Siedlungsplatz 40. Vortrag: „Die Annäherung des Theaters“. — Waidl. H. Dampfer Straße 62/63 (Parade). Vortrag: „Krieg und Frieden“. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 21. Vortrag: „Mittel und Mittel“. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 22. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 23. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 24. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 25. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 26. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 27. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 28. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 29. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 30. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 31. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 32. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 33. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 34. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 35. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 36. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 37. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 38. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 39. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 40. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 41. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 42. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 43. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 44. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 45. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 46. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 47. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 48. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 49. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 50. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 51. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 52. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 53. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 54. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 55. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 56. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 57. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 58. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 59. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 60. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 61. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 62. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 63. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 64. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 65. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 66. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 67. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 68. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 69. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 70. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 71. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 72. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 73. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 74. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 75. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 76. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 77. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 78. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 79. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 80. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 81. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 82. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 83. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 84. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 85. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 86. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 87. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 88. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 89. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 90. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 91. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 92. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 93. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 94. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 95. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 96. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 97. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 98. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 99. — Waidl. H. Siedlungsplatz, Siedlungsplatz Straße 100.



Wirtschaft

Arbeiterchaft und Goldbilanzen.

Im kapitalistischen Wirtschaftssystem ist das Ziel jeder Privatunternehmung der Betriebsüberschuss, und der Zweck des Betriebsüberschusses ist die Verfertigung des Unternehmerhaushalts mit all dem, was dem Unternehmer das Leben lebenswert macht. Dieser Weg zum Betriebsüberschuss und zum Unternehmerhaushalt ist mit kalkulatorischen, Buchhaltungs- und Bilanzfiguren ausgefüllt, in welchen sich die Lieberlegungen, Anordnungen und Geschäfte ausdrücken, die der Unternehmer zur Verfertigung seines Haushalts macht. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten erscheinen auf diesem Wege als kalkulatorische Posten: als Lohn-, Gehalts- und Generalunkostenposten, die so tief als möglich gehalten werden müssen, um den Betriebserfolg bzw. die Verfertigung des Unternehmerhaushalts so günstig als möglich zu gestalten. Daran ändert sich nichts, wenn der Unternehmer in seinem Haushalt nur einen Teil des Betriebserfolgs verzehrt und den Rest für Erweiterungen des eigenen oder zur Erweiterung bzw. Gründung neuer Betriebe reserviert. Auch dann nicht, wenn der „weissichtige Unternehmer“ gegenständig selbst für höhere Löhne usw. eintritt, sobald er aus der erhöhten Leistung geringere Kosten, größeren Umsatz und so höhere Lieberlegungen erwartet. Jedenfalls ist das, was der Arbeiter, Angestellte und Beamte mit seinem Lohn oder Gehalt für sein Leben anfangen kann, der Lebenshaushalt des Arbeiters, Angestellten und Beamten, eine einfache Funktion dessen, was der Unternehmer mit seinem Geldkapital für seinen Haushalt anfängt. Der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenhaushalt dient im kapitalistischen Wirtschaftssystem nur dazu, die Arbeitskraft für den nächsten Tag, das nächste Jahr und das ganze Leben so gut instandzuhalten, daß ihr Beitrag zum Unternehmerhaushalt nach Möglichkeit immer größer wird.

So kommt es, daß im kapitalistischen System nur der Unternehmer arbeitet, um zu leben, der Arbeiter aber lebt, um zu arbeiten, daß der Volkshaushalt Mittel, nicht aber Zweck und Ziel der privatkapitalistischen Wirtschaft ist, daß der Unternehmer der Herr nicht der Diener der „Volks“wirtschaft ist und daß im privatkapitalistischen Wirtschaftssystem der Völkler das Leben und Sterben der arbeitenden Massen sich darin erschöpft, ein Kosten- und Bilanzfaktor des Unternehmerhaushalts zu sein.

Es ist kein Wunder, daß die arbeitenden Massen in der ganzen kapitalistischen Welt das Leben unter solchen Verhältnissen nur darum noch für lebenswert halten, weil es sich lohnt, ein solch verunmündetes und lebenswideriges System zu verändern. Das Gefühl der Gerechtigkeit hat das so ausgedrückt, daß die „soziale Frage“ eine das ganze kapitalistische System gefährdende Gesellschaftsfrage ist und die Forderung der gemeinsamen wirtschaftlichen Organisation des Wirtschaftens der Völkler zur weltbeherrschenden Tatsache geworden ist.

Darin liegt nun gewiss ein starker Grund zur Zuversicht für die arbeitenden Massen. So lange aber das kapitalistische System besteht, müssen alle konkreten Sorgen und Sorgen des Haushalts der arbeitenden Massen innerhalb des kapitalistischen Systems und mit den Mitteln des kapitalistischen Systems gelöst und behoben werden.

In dem ganzen Jahrhundert vor dem Kriege war das nun sehr einfach. Um die Unternehmungsbilanzen brauchte sich die Arbeiterchaft bei ihren Kämpfen um die Erhöhung der Löhne nicht zu kümmern. Es war eine feststehende Tatsache, daß der Unternehmerhaushalt von dem jährlich erzielten Betriebsüberschuss eine Anzahl von Goldmilliarden (in Deutschland vor dem Kriege zirka acht) nicht verbrauchte, sondern in neuen Unternehmungen oder in Staatszuschüssen anlegte. Die Lohnpolitik der Gewerkschaften konnte sich darauf beschränken, mit Anwendung der äußersten Mittel grundsätzliche Lohnsteigerungsansprüche zu treiben, d. h. alle Kräfte daraufhin anzuwenden, am Bruttoüberschuss der Privatwirtschaft einen möglichst hohen und sich steigenden Anteil zu erkämpfen. Die Arbeiterchaft hätte zwar auch schon in der Vorkriegszeit gut daran getan, nicht auf das Gefühl, sondern auf exakte Beobachtung und Vergleichung der Unternehmungsbilanzen ihre Lohnkampfsstrategie zu gründen; aber die exakte Beobachtung der Konjunktur in der Privatwirtschaft wäre damals doch nur eine Verfeinerungsmethode für den grundsätzlichen Lohnsteigerungskampf gewesen, den das kapitalistische Wirtschaftssystem gebietet.

Im Kriege und nachher haben Bürgerliche und Arbeitsgemeinschaft, schließend das Chaos des Währungs- und Wirtschaftszusammenbruchs jede bewusste Lohnkampfsstrategie ausgeschossen. Alle Kräfte der Gewerkschaften wurden in den an sich unfruchtbarer und doch äußerst aufreibenden formalen Indemnessstellungen der Tarifverträge aufgebraucht. Und wenn man auch hätte versuchen

wollen, die Unternehmungsbilanzen für den Lohnkampf fruchtbar zu machen, man wäre an der Wertlosigkeit aller Kapitalmarktbilanzen gescheitert, weil letztere Wertfiguren des allerwertlosesten Inhalts miteinander verbunden und verrechnet.

Heute aber, nach der Stabilisierung der Währung, im Deutschland der Sanierung und des volkswirtschaftlichen Wiederaufbaus, ist die Stellung der Arbeiterchaft zu den Unternehmungsbilanzen grundsätzlicher als andere geworden.

Zwar leben wir nach wie vor innerhalb des kapitalistischen Systems, und an den beiden Hauptgrundlagen der Lohnpolitik hat sich nichts geändert:

1. daß der Preis der Arbeit als Marktpreis nur durch den rückwärtselenden Nachkampf auf der volkswirtschaftlich richtigen Höhe feststellbar ist.
2. daß der grundsätzliche Lohnsteigerungskampf auch heute noch das einzige wirksame Prinzip ist, um aus der privatkapitalistischen Wirtschaft in volkswirtschaftlicher Betrachtung das Höchstmögliche an Vernünftigkeit, Wirtschaftlichkeit und Ergiebigkeit der Produktionsorganisation herauszuholen.

An diesen Grundregeln hat sich nichts geändert, konnte sich auch nichts ändern, weil sie dem kapitalistischen Wirtschaftssystem wesentlich sind, das den Gewerkschaften als Preisführer der Arbeitskraft diese Grundregeln der Lohnpolitik als unveränderliches Gesetz auferlegt.

Ganz anders aber steht es um das richtige Ausmaß, den richtigen Zeitpunkt und den richtigen Ort der zu führenden Kämpfe; mit anderen Worten um die richtige Erkenntnis der Konjunkturlage, d. h. der Bedingungen des Marktkampfes um die Höhe der Löhne und Gehälter. Wie allgemein bekannt, hat ja die Inflationswirtschaft und besonders der völlige Zusammenbruch der Währung im Herbst 1923 alle Beurteilungsgrundlagen für den Stand der Privatwirtschaft zerstört, und die Goldbilanzen der Privatwirtschaft sollen diese Grundlagen für die Zukunft erst wieder aufbauen helfen. In früheren Artikeln haben wir ausgeführt, daß eine wirklich zureichende Beurteilungsgrundlage in diesen Goldbilanzen selbst noch nicht erblickt werden kann, und daß die Goldbilanzen der nächsten Jahre dafür abgemartet werden müssen.

Dazu kommt ein anderes. In den Vorkriegsjahren war es eine feststehende Tatsache, daß die Privatwirtschaft jährlich eine Anzahl Goldmilliarden akkumuliert, eine Tatsache, die die Privatwirtschaft nicht bestreiten konnte. Heute steht es zwar fest, daß die Privatwirtschaft in den Kriegs- und Inflationsjahren eine sehr große Substanzbereicherung erfahren hat, die Privatwirtschaft aber bestreitet die Rentabilität ihres Substanzgewinnes, wofür sie in Deutschland immerhin die große Not von verfügbaren Kapitalien ins Feld führen kann.

Daß nun auf der einen Seite die Privatwirtschaft ihre Unrentabilität behauptet und auf der anderen Seite die Goldberöffungs-

bilanzen keine Handhabe bieten, den Stand der deutschen Privatwirtschaft einwandfrei festzustellen, das schließt auch für die Lohnpolitik der Arbeiterchaft Verlegenheiten, Unsicherheiten, ja Verwirrung. Es ist zwar schon sehr viel gewonnen mit der deutlichen Erkenntnis, daß an den beiden Grundlagen der Lohnpolitik nichts geändert werden kann, weil sie Gesetze des kapitalistischen Wirtschaftssystems entsprechen. Was aber zunächst große Verlegenheiten bereiten muß, weil man die Entwidlung der Konjunktur nicht abschätzen kann, das sind die Erfolgchancen des Lohnkampfes im einzelnen Falle.

Es ist ja bekannt, wie die Reichsbank und mit ihr die Reichsregierung bei der Privatwirtschaft bisher mit ihrer Preislenkungsaktion hereingefallen sind. Die Privatwirtschaft hat die Kreditrestriktionen und auch die Steuererlässe ruhig hingenommen und hat einfach die Betriebe stillgelegt, statt ihre Warenlager zu verkaufen und dadurch und durch erhöhte Produktion die Preise zu senken. In dieselbe Lage kann heute und in absehbarer Zeit die Arbeiterchaft kommen, wenn sie nicht in genauerer Kenntnis der Gegenstände in der Privatwirtschaft ihren Kampf zur richtigen Zeit, am richtigen Ort, im richtigen Ausmaß anzuleiten vermag.

Solange nun die Rentabilität der Privatwirtschaft durch Jahresabschlussbilanzen noch nicht zweifelsfrei erwiesen ist, bleibt deshalb der Arbeiterchaft gar keine andere Möglichkeit, sich über die Entwicklung der Konjunktur und über die zweckmäßige Anfechtung ihrer Kämpfe zu orientieren, als die genaueste sorgfältigste Beobachtung vorläufig der Goldbilanzen, später der Jahresabschlussbilanzen. Nur wenn die Arbeiterchaft weiß, wo in der Privatwirtschaft große Anlagenanreicherungen und damit große Reserven stecken, wo deshalb ausländische Kredite mit Sicherheit unterkommen können und eine gute Konjunktur erwartet werden kann; nur wenn sie weiß, welche Teile der Privatwirtschaft auch heute noch eine sichere Monopolstellung haben und deshalb eine hohe Rentabilität erwarten dürfen; nur wenn sie weiß, welche Industriezweige in der Zukunft mit Sicherheit eine Abgabesteigerung erfahren werden, weil der Wiederaufbau ihnen Beschäftigung und hohe Gewinne geben muß, — nur dann kann die Arbeiterchaft dem außerordentlich schweren Kampf gewachsen sein, den sie um die Sicherung und Ausgestaltung ihrer Existenz heute und in der Zukunft zu führen hat. Was für die Lohnpolitik der Arbeiterchaft gilt, das gilt in noch verstärktem Maße für ihre zukünftige Steuer-, Zoll- und Handelspolitik.

Die zu diesem Ende notwendige Erkenntnis aber kann die Arbeiterchaft nur aus der exakten und ausdauernden volkswirtschaftlichen Analyse der heute erscheinenden Goldberöffungs- und der in den kommenden Jahren zu erwartenden Jahresbilanzen der deutschen Privatwirtschaft gewinnen. R.—r.



Auf vielfache Nachfrage hin haben wir uns entschlossen, unsere bekannte

5 M Marke OBERST

wieder neu herauszubringen. Besondere Eigenschaften:

1. Modernes starkes Format.
 2. Milde, hocharomatische und überaus bekömmliche Mischung aus edlen mazedonischen u. türkischen Tabaken nach besonderer Eigenart.
 3. Künstlerische Aufmachung.
- Diese Vorzüge machen die neue OBERST zur unübertrefflichen 5 Pfennig-Cigarette, die sich von selbst empfiehlt.

Waldorf-Astoria Cigarettenfabrik A.-G.



Statt teuren Kaffees

QUALITÄTSPOLJA MISCHUNG

Mit 20%, 40% u. 50% Bohnenkaffee

Kreuzt den teuersten Bohnenkaffee! Enthält viel Bohnenkaffee! — Schmeckt wie Bohnenkaffee! — Ist sehr billig und sparsam! — Geben! Können!

Kaffee Handels-Gesellschaft
Steinberg & Mertens
Berlin SW. 47. Fernruf Lützow 4288

Vom Zunftgesellen zum freien Arbeiter

Eine kleine Kulturgeschichte mit zeitgenössischen Bildern von **PAUL KAMPFFMEYER**

In Ganzleinen gebunden 1,75 Mark

Zu haben:
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2

Zähne 1,50 M. Teilzahlung

Zähne ohne Gaumen 3 M.
Kronen 3 M. an / Pfomben 1,50 M. an
Zahnziehen m. Betäubung 1 M. an
Zahn-Dr. med. Wolf, Potsdamer Str. 55
Vorleser 10% Rabatt

Reichsmündelschere

10% Goldhypotheken-Pfandbriefe

des **Preussischen Landespfandbriefenkassens**

über **Goldmark: 100.—, 200.—, 500.— und 1000.—**

Unfälschbar bis 1. April 1930 mit Zinscheinen per 1. April und 1. Oktober

Ausgabekurs 92%

Einführung an der Berliner Börse wird in Kürze beantragt

Wertbehaltende Dauervereinigung von zirka 11%

Verkauf durch alle Banken und Bankiers.

Preussische Landespfandbriefenkassens
Schützenstraße 20 Berlin SW 68 Schützenstraße 20

Oscar Görner
Berlin W. 8

Unter den Linden 3, Ecke Wilhelmstrasse.

Hamburger Keule Stück 10 Pf., eine Qualitätscigarre in Kisten zu 100 Stück

Wahl und Wohnungsfrage.

Von Ernst Ruben.

Am 1. Oktober 1923 ist der Mieterschutz in Schweden aufgehoben worden. Die schwedischen Erfahrungen sind eine ernste Lehre für die deutschen Mieter.

Unsere Genossen in Schweden hatten vor der Aufhebung des Mieterschutzes gegen dieselben Irrtümer zu kämpfen wie wir. Man suchte der Öffentlichkeit vorzuspiegeln, daß, sobald der Mieterschutz aufhöre, eine Wohnungsreserve entstehen und das Privatkapital sich in dem Maße dem Wohnungsbau zuwenden würde, daß die schleunigste Rückkehr zu normalen Verhältnissen erfolgen würde.

In den Wahlaufrufen der Hausbesitzer wirft man mit Schimpfwörtern, wie Schmach, Knechtung, Ausraubungssystem, Schandgesetz, Raubbau und Diebstahl nur so um sich. Man empfindet es in diesen Kreisen schwer, daß bis in die sonst so folglosen Kreise des Mittelstandes, der Kleingewerbetreibenden und dergleichen trotz aller Verschleierungsversuche von „Lokal-Anzeiger“ und „Morgenpost“ die Kenntnis davon gedrungen ist, daß es lediglich die Sozialdemokratische Partei gewesen ist, welche durch Erwinigung der Auflösung des Reichstages die Anträge der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Nationalen Volkspartei und der Wirtschaftspartei über die Aufhebung des Mieterschutzes zu Fall gebracht hat.

Bettelmann Wulle.



O je, o je, o jemineh, Dumbdibel, o je! De uezter Zeit der Inflation, Sie ist vorbei, o weh! Wir können uns nicht rühren — Wommt soll man denn i. mieten Die 10%ige Heidenmaße, wie? Drum Zeller Lee — geht ober nie! Auch eine leinliche seden der Lämpf stiz nur gegen bort!

schuß aus dem Haus in der Regel der Fälle, in Gold umgerechnet, größer als er im Frieden war. Durch die so verhassten Mieterräte, die mit dem Reichsmietengesetz unter der Hand verschwinden sollten, ist es uns gelungen, diese einwandfreien und niemals beanstandeten Zahlen über den Reingewinn aus zahlreichen Häusern festzustellen.

Kein Wähler, mag er Lohn- oder Gehaltsempfänger, Händler, Gastwirt oder dergleichen sein, vergesse am 7. Dezember, daß insbesondere die Deutsche Volkspartei im Bunde mit den anderen Rechtsparteien ihnen bereits Anfang 1925 die drei- bis vierfache Friedensmiete bescherten wollten, und daß sie damit Arbeiterschaft und Mittelstand faktisch noch weiter verelendet und den Mittelstand sogar zum Teil ruiniert hätten.

Wo wird gewählt?

Seht die Säulenanschläge nach!

Die Bekanntmachungen der Bezirksämter über die Abgrenzung der Stimmbezirke und die Abstimmungsräume werden am 2. und 3. Dezember und am 6. und 7. Dezember durch Säulenanschlag veröffentlicht. Aus diesen Bekanntmachungen können die Stimmberechtigten ihren zuständigen Abstimmungsraum leicht selbst feststellen.

Anträge auf Ausstellung von Stimmscheinen müssen bei den zuständigen Bezirkswahlämtern bis zum 5. d. M. gestellt werden.

Wie wird gewählt?

Die zur Verwendung kommenden Stimmzettel werden mit allen Kreiswahlvorschlägen im vergrößerten Maßstabe am Freitag, den 5. Dezember d. J., durch Säulenanschlag veröffentlicht werden.

Die Parteien stehen auf dem Einheitsstimmzettel untereinander. An der Spitze als Nummer Eins steht die richtige Liste, die Liste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Das Kreuz ins Feld der Liste Eins!

Wählt am 7. Dezember Liste Eins!

tages wird es vor allem sein, im Bunde mit den Mieterverbänden und den Gewerkschaften nicht nur die Wohnungsproduktion systematisch zu fördern, sondern auch ein soziales Mietrecht auszuarbeiten. Wir wollen nicht mehr den Syndikat der Hausbesitzer mit ihren Formularverträgen schußlos ausgeliefert bleiben. Mindestens müssen die Vorschriften über die Reparaturpflicht zwingend festgelegt werden.

Geht der Anschlag der Rechtsparteien am 7. Dezember, so drohen uns nach schwedischem Vorbild Barackenhäuser und erdrückende Mieten. Schon sind die schwarzen Listen über die mißliebigen Mieter aufgestellt. Der großen Masse des Volkes jedes Anrecht auf ein Heim zu nehmen, wagen die Rechtsparteien „national“ zu nennen. Die wahre nationale Partei, welche dem deutschen Volke sein ewiges Recht an dem Grund und Boden, auf welchem wir wohnen, wiedergeben will, ist einzig und allein die Sozialdemokratische Partei. Weg mit denen, die mit bürgerlicher Verlogenheit den Ruin der Mieterschaft „christlich und sozial“ zu nennen vermögen!

An die Berliner Mieter!

Gegen den Unfug der Zersplitterung.

In mehreren Bezirken Berlins werden Proletariats- und besonders auch Parteigenossen, die der Mieterorganisation angehören, Bahnanrufe einer „Partei für Volkswohlfahrt“ zugeführt. Wie der „Vorwärts“ schon berichtet hat, ist von der höchsten Instanz des Reichsbundes deutscher Mieter, dem Bundesauschuss, die Gründung der Partei für Volkswohlfahrt aufs schärfste beurteilt und als Pretexthocke der Beteiligte erklärt worden. Auch der Landesverband Preußen im Reichsbund deutscher Mieter hat die Unterstützung jener Partei abgelehnt, ebenso -- und zwar einstimmig -- der Berliner Mieterbund.

Alle diese Organe empfehlen den Mietern die Wahl der großen mieterfreundlichen Parteien, wobei sie besonders anerkennen, daß die Sozialdemokratische Partei immer den Kern der mieterfreundlichen Mehrheit im Reichstag und Landtag gebildet, vor allem auch die Aufhebung der Mietzinssteuer beantragt und dafür die Befreiung von Besitz und Einkommen gefordert hat.

Weber die „Partei für Volkswohlfahrt“ noch eine zweite sog. „Korporation Deutschlands“ (mit einem Spitzenlandratel von nicht gerade besonderen Rufe) werden irgend etwas für die Mieterschaft erreichen können. Mehrere werden die Stimmen, die in gutem Glauben für eine dieser Spaltparteien abgegeben werden, genau wie am 4. Mai 1923 verloren gehen.

Parteiengenossen und Mieter, bekämpft den Unfug solcher kurzschichtigen Eigenbrödelerei!

Stimmt am 7. Dezember für Liste 1!

Bezirksmietenausschuss SPD, Berlin, S. N.: Dr. Gaser.

Halb und Halb!

Mieter und Hausbesitzer.

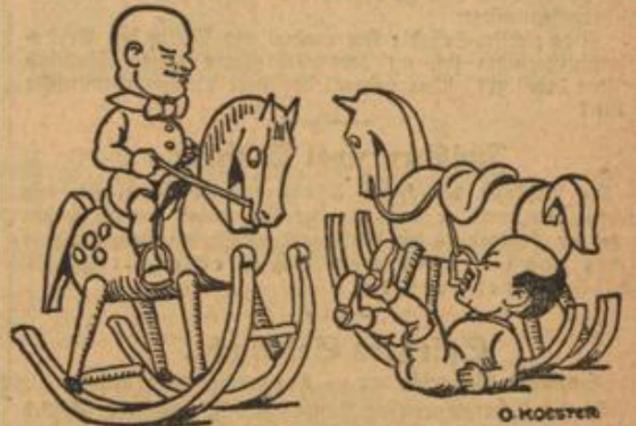
Die „Nationalpost“ verbreitete in der Stadt eine Extramahlzungebe, in der in der einen Spalte die Aufforderung an die Mieter ergeht, sich rechts anzuschließen. Auf der anderen Spalte konnte man in einem Artikel des Herrn Sudjohr lesen, daß einzig und allein die Deutschnationale Volkspartei die Interessen des Hausbesitzes vertrete. Also geht man sich hier sowohl als auch die Hausbesitzer, daß sie nur deutschnational zu wählen brauchen, dann sind beider Interessen in guten Händen, hier 50 Proz. und da 50 Proz.

Das Wahlrecht der Krankenhaus-Insassen.

Um den nicht heilfähigen Kranken am 7. Dezember die Ausübung des Wahlrechts zu ermöglichen, sind in verschiedenen -- jedoch nicht in allen -- Groß-Berliner Krankenhäusern auf Antrag der

Oskar und Gustav

die beiden Schaukelpferdreiter.



Zwei Knaben schaukelten zum Spaß, Der eine fiel ins grüne Gras, Der andre sprach in guter Ruh: „Das kommt vom vielen Mampe, du!“ Drauf jener: „Wie, du willst mich necken? Du sollst am Fischenbier verrecken!“

betr. Verwaltungen eigene Stimmbezirke eingerichtet worden, d. h. der Wahlakt wird innerhalb des Krankenhauses vorgenommen. Vorbedingung zur Ausübung des Stimmrechts ist jedoch die Beschaffung eines Wahlscheins, den sich jeder Kranke bei dem Bezirksamt zu besorgen hat, das für seinen derzeitigen Wohnsitz in Frage kommt. Die Einrichtung besonderer Stimmbezirke geschieht nur auf Antrag der Krankenhausverwaltung bei dem zuständigen Bezirksamt. Es muß also Aufgabe der Patienten sein, ihrerseits bei der Krankenhausverwaltung vorstellig zu werden, um überall dort, wo es noch nicht geschehen ist, die Einrichtung eigener Stimmbezirke zu veranlassen. Bemerkte sei noch, daß in diesen besonderen Stimmbezirken nur die mit Wahlschein versehenen Kranken wahlberechtigt sind, nicht aber das Personal der Krankenhäuser, das dort wählt, wo es in der Wählerliste steht.

Wofür man Geld hat!

Wie die Industrie die „Bekämpfung“ der Sozialdemokratie finanziert.

Die Nachwerke des Herrn Arno Franke gegen die Sozialdemokratie haben wir bei ihrem Erscheinen gewürdigt. Jedes Wort das man über den „Geisteskampf“ eines solchen Mannes verlieren würde, wäre schade. Es scheint aber immer noch Leute zu geben, die glauben, mit solchen Nachwerken den Kampf gegen die Sozialdemokratie führen zu können. Eine Kellamesschrift des „Nationalen Verlags“, in dem Herrn Frankes Broschüren gegen die Sozialdemokratie erschienen sind, zählt die Namen und die Zuschriften der bedauernden deutschen, deutschösterreichischen und industriellen Größen, die hier ihre geistige Nahrung bezogen haben. Vorneweg prangt der jugendliche Träger des großen Namens Bismarck, der dem Verleger schreibt:

„Für die freundliche Uebersendung ... danke ich verbindlich. Auf meiner Bechreife ist mir daselbst außerordentlich zugute gekommen und sehe ich gerade in dieser sachlichen Auseinandersetzung mit dem Marxismus die beste Art seiner Bekämpfung. Möge es sein Teil an der so dringend notwendigen Niederringung desselben beitragen.“

Mit vorzüglicher Hochachtung Fürst Bismarck

Der jüdische Einfluß, der Seine Durchlaucht dazu gebracht hat, die Sklaventaten des Dames-Gutachens unserem armen Vaterlande anzulegen, indem er in die Reihen der Ja-sager ging, zeigt sich auch in dem klassischen Deutsch seines Briefes. Auf jeden Fall wundert man sich nicht mehr über das geistige Niveau der Reden Seiner Durchlaucht. Auch Dudenorff gehört natürlich -- wie könnte es anders sein -- zu denen, die Herrn Franke und seinen Geistesprodukten ihre Erleuchtung verdanken.

Wertvoller ist uns im Augenblick eine andere Feststellung. Am Schluß der Broschüre finden wir eine Zusammenstellung von Bestellungen bekannter Industrieunternehmen auf diese Pamphlete. Da werden von den Direktionen tausende solcher Druckschriften verlangt. Selbstverständlich fehlt kein einziger der Berliner Schatzmacherbetriebe. Es fehlen nicht die Siemens-Schuckert-Werke Berlin, es fehlen nicht die Vorkriegswerke, Migu, Genest, Akkumulatorenfabrik usw. Daß daneben die deutsche „Arbeitgeberzeitung“ im trauten Verein mit allen möglichen Verbundorganisationen, deutschnationalen Kreisverbänden, der Liga zum Schutze der deutschen Kultur usw. sich an dieser Art von „Volksaufklärung“ beteiligen, versteht sich am Rande. Die Volksaufklärung läßt man sich eben eine ordentliche Stange Geld kosten. Mögen die Erfahrungen mit dem selig entschlafenen Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie noch so betrübliche gewesen sein, was bleibt einem anderes übrig, wenn man eine geistige Auseinandersetzung mit den Ideen der Sozialdemokratie versuchen will. Dann muß man halt zu den Nachwerken des Herrn Arno Franke greifen.

Bienel Tausende die Industrie sich diesen Kampf kosten läßt, zeigt der Einblick in diese Propagandaorganisation, die der „Nationale Verlag“ dumm genug ist, öffentlich klarzulegen. Die Industriellen haben Geld zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, ohne daß die Summen irgend eine Rolle spielen. Nur zum Steuerzahlen langt es nicht! Eine Adresse der Bezahler dieser Aufklärungsschriften interessiert uns und, wie wir glauben, die ganze Öffentlichkeit, aber etwas mehr. Wir finden verzeichnet

Reichswehrministerium, Heeresabteilung Berlin.

Bisher haben wir geglaubt, das Reichswehrministerium sei eine ganz „unpolitische“ Instanz. Bei der Behandlung des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat das Reichswehrministerium noch ganz besonderes Gewicht darauf gelegt, die absolute „Neutralität“ der Reichswehr zu betonen.

Die „Wählerin“ ist am Donnerstag in den angegebenen Stellen. — Alle Genossinnen verteilen!

Diese Neutralität scheint die Reichswehr aber nicht zu hindern, die Pamphlete des Herrn Arno Franke gegen die Sozialdemokratie zu beziehen und zu verbreiten. Wir fragen den Herrn Reichswehrminister:

Ist es richtig, daß die Heeresabteilung Berlin des Reichswehrministeriums sich an der Verbreitung dieser Pamphlete beteiligt? Was gedenkt der Herr Reichswehrminister zu tun?

Zwischen zwei Stühlen.

Die Anhänger des Herrn Stresemann wissen, wie er's gewohnt ist. Damit er nicht aus der Gewohnheit komme, stellen sie bei der Rundgebung der Volkspartei im Großen Schauspielhaus rechts und links von seinem Platz je einen Stuhl hin. Zwischen zwei Stühlen!

Spießers Sehnsucht.

Hundert Vaterländer — hundert Landesväter.

In der „Hannoverschen Landeszeitung“ prangte kürzlich anlässlich des Geburtstages Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs Ernst August von Cumberland, des Anwärters auf den Thron der Welfen, folgendes schöne Gedicht:

Ernst August, unser Herzog, sah hier an unserm Tisch,
Die Herzogin daneben, lieblich, jugendlich,
Gar prächtige Gestalten, das Auge treu und klar,
Fürwahr, wir können stolz sein auf unser Herzogpaar!
Vor Tränen kaum die Worte ein alter Krieger fand:
„Als Herzog um den lütte Froo häst drüdet mie dee Hand,
Jehz will id ruhig starben und maaf mien Ogen too,
Id denk an mienen Herzog un an sien lütte Froo!“

Das ist der deutsche Spießer, wie er lebt und lebt. In Thüringen möchte er seine lieben angestammten Fürstentümer wiedersehen. Lippe-Deimold, Schaumburg-Lippe, Waldeck-Pyrmont, und wie sie alle heißen die deutschen Zwergstaaten. Ueberall lebt dieser Typus des deutschen Spießers, dessen Vaterlandsgefühl sich nach Bismarcks treffendem Ausdruck nur auf dem Wege über die Anhänglichkeit zu seinem angestammten Fürsten zu entwickeln vermag.

Das Vaterland des Arbeiters ist nicht Lippe-Deimold und Neuh jüngere Linie, das Vaterland des Arbeiters ist das geeinte, starke Deutschland, das alle Volksgenossen deutscher Zunge umschließt. Nur die große deutsche Republik unter schwarzrotgoldener Fahne kann den deutschen Staat für den Arbeiter wohlthätig machen. Aus der mühsigen, spießigen Enge kümmerlicher Kleinstaaterei drängt unsere Bewegung zum großen einheitlichen deutschen Vaterland. Nur das deutsche Bürgertum kann es fertig bringen, noch 1924 Parteien zur Wahl zu stellen, deren Ideal die Wiederherstellung mittelalterlicher Kleinstaaterei ist.

Deutschlands Zukunft ist mit den Arbeitern. Wählt sozialdemokratisch!

Ein frecher Kommunistenschwindel.

Eine notwendige Zurückweisung.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht in ihrer Nr. 167 vom 27. November 1924 folgendes:

„Die Krankenversicherung in Rußland in der Beurteilung bürgerlicher Mediziner.“

In der Zeitschrift des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen e. B. „Ostfrankenpost“ schreibt Dr. Th. Marcufon über die russische Krankenversicherung u. a.:

Die russische Krankenversicherung ist qualitativ die bei weitem beste der ganzen Welt, auch quantitativ steht sie den anderen Staaten nicht nach. Was der russische Staat der Arbeiter und Bauern hierin gelistet hat,

ist nur möglich gewesen auf dem Boden der Diktatur des Proletariats.

Die neue ökonomische Politik hat eine große Verbesserung der Krankenversicherung gebracht im Vergleich zur ersten Zeit des Bestehens der Sowjetregierung. Der Umfang der Versicherung jedoch mußte zu einem Teil wieder eingeschränkt werden, trotzdem die Anzahl der Versicherten heute doppelt so hoch ist wie im Jahre 1918. Es ist das Bestreben des russischen Staates, nun auch den Umfang der Versicherung noch weiter auszuweiten, so daß das Wert der russischen Krankenversicherung vollkommen wird.“

Dazu haben wir zu erklären: In Nr. 88 unseres Verbandsorgans „Ostfrankenpost“ vom 25. September 1924 ist allerdings ein Artikel über die Krankenversicherung in Sowjetrußland von Dr. Theodor Marcufon-Moskau erschienen. Weder in diesem Artikel noch auch in dem uns noch vorliegenden Manuskript findet sich ein Abschnitt, der auch nur im entferntesten oder dem Sinne nach derartige Ausführungen bringt, wie sie die „Rote Fahne“ wiedergibt. Wir stellen ferner fest, daß Herr Dr. Marcufon nicht, wie es der Ueberschrift jener Notiz nach den Anschein erwecken soll, „bürgerlicher Mediziner“ ist. Herr Dr. Marcufon ist der Leiter des amtlichen statistischen Büreaus der Sowjetregierung in Moskau und somit weder „Mediziner“ noch „bürgerlich“. Nach allem bezeichnen wir die Notiz der „Roten Fahne“ als eine freche Fälschung. Bei dieser Gelegenheit weisen wir darauf hin, daß bei einem Besuche der Allgemeinen Ostfrankenpost der Stadt Berlin eine führende beamtete Persönlichkeit des russischen Heilwesens erklärt hat, daß zwar jeder Arbeiter in Rußland im Krankheitsfall ärztliche Hilfe erhält, daß die Kosten aber, wenn sie länger als 14 Tage krank bleiben, ohne Rücksicht ausnahmslos einer Nachuntersuchungskommission vorgelegt werden. Es dürfte in ganz Deutschland nicht eine einzige Krankenkasse geben, die derartig rückwärts Methoden ihren erkrankten Versicherten gegenüber anwendet. Das Urteil über die russische Krankenversicherung müssen wir danach dem Leser überlassen.

Hauptverband deutscher Krankenkassen e. B.
H. Lehmann, Geschäftsführer.

Teuerung und Index.

Von R. Kempte.

Die Unzufriedenheit und Mängel des Reichsindex sind schon so oft und eingehend Gegenstand der Erörterung gewesen, daß es Eulen nach Athen tragen hieß, wollte man darüber noch viel Worte verlieren. So augenfällig aber die Unzuverlässigkeit des Reichsindex ist, liegt doch für alle Außenstehenden ein tiefer Schleier über den Fehlerquellen dieser Teuerungsziffer. Rein oberflächlich betrachtet mag die neußlich an dieser Stelle aufgestellte Behauptung bis zu einem gewissen Grade zutreffend sein, daß die Berechnungsmethode unserer Indexziffer objektiv zuverlässig ist, aber ein Vergleich des so „objektiv“ errechneten Reichsindex mit der Wirklichkeit zeigt uns doch gar zu deutlich, daß er ein ganz falsches Bild der Teuerungsverhältnisse gibt. Liegt der Fehler nicht in der Berechnungsmethode, so muß er eben wo anders liegen. Jedenfalls steht für jeden objektiv Urteilenden die Tatsache fest, daß der Reichsindex grobe Irrtümer enthält, wenn er nicht etwa gar tendenziös beeinflusst wird.

Zunächst ist es notwendig, einmal die Entwicklung der amtlichen Indexziffern in den kritischen Monaten der letzten Preissteigerungen dieses Jahres sich zu vergegenwärtigen.

Es betrug die Reichsindexziffer für die

	Behenshaltung insg. amt (d. h. Ernährung, Wohnung, Hei- zung u. Beleuch- tung u. Ver- kehr.)	nur für Ernährung (1913/14 = 1)
am 6. Juli 1924	1,19	1,81
„ 16. „ 1924	1,15	1,25
„ 23. „ 1924	1,18	1,28
„ 30. „ 1924	1,14	1,23
„ 6. August 1924	1,14	1,23
„ 13. „ 1924	1,14	1,23
„ 20. „ 1924	1,14	1,23
„ 27. „ 1924	1,14	1,23
„ 3. September 1924	1,15	1,24
„ 10. „ 1924	1,18	1,25
„ 17. „ 1924	1,18	1,25
„ 24. „ 1924	1,17	1,28

Also in der Zeit der stärksten Lebensmittelpreissteigerungen pendelt der Reichsindex für die Behenshaltung von Anfang Juli bis Mitte September zwischen 114 und 119 und der Reichsindex für die Ernährung zwischen 122 und 131.

Dagegen waren die für den Lebensmittelerhalt wichtigsten Gruppen des amtlichen Großhandelsindex vom 8. Juli bis zum 7. Oktober gestiegen: (1913/14 = 100)

Getreide und Kartoffeln von 82,2 auf 124,6 = 51 Proz.		
Fette, Zucker, Fleisch und Fisch	114,2	148,4 = 30
Lebensmittel	96,5	183,0 = 89

Also die wichtigsten Lebensmittel waren nach den amtlichen Großhandelsindexziffern um 30 bis über 50 Prozent gestiegen aber der Reichsindex zeigt in dieser Zeit nur eine Steigerung von 3,3 bis 10 Prozent auf!

Die Reichsindexziffer bis in alle Einzelheiten nachzuprüfen, ist dem Außenstehenden leider unmöglich und selbst für die Mitglieder der Reichsindexkommission ist eine solche Kontrolle ausgeschlossen. Man muß sich daher wohl oder übel vorläufig darauf beschränken, nur einige Stichproben für einzelne besonders wichtige Orte zu machen, um daraus Rückschlüsse auf die Fehlerquellen des Reichsindex ziehen zu können. Nehmen wir also zu diesem Vergleich unsere Weltstadt Berlin, die ja mit ihren 4 Millionen Einwohnern den 15. Teil der Gesamtbevölkerung des Reiches ausmacht. In der Hand der vom Statistischen Amt der Stadt Berlin veröffentlichten Kleinhandelspreise wichtiger Lebensbedürfnisse sind wir in der Lage, die Unterlagen für die Teuerungsziffern Berlins nachprüfen zu können. Macht man aber hier einige Stichproben, so kommt man zu dem überraschenden Resultat, daß die Berliner Teuerungsziffer für Lebenshaltung, also Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung um 6 bis 15 Mark höher steht, als sie in den vom Eidienst des Statistischen Reichsamts erfaßten 72 Städten verzeichnet sind. Dort betrug die amtliche Teuerungsziffer für Berlin in Mark

	nach den Einkaufs- preisen	nach den Häufen der Stadt Berlin
am 24. 3. 1924	87,87	98,87
„ 9. 7. 1924	99,6	106,97
„ 6. 8. 1924	97,4	107,24
„ 27. 8. 1924	98,9	108,29
„ 10. 9. 1924	98,2	110,06
„ 1. 10. 1924	102,4	117,14

Bei dieser Nachprüfung, die wir im Verband der Buchbinder vornahmen, haben wir uns streng an die amtlich vorgeführten Lebensmittel und Lebensmittelmengen gehalten. Also Brot 47 Kilogramm, Mehl 4 Kilogramm, Nahrungsmittel (Zerlegtes), Hülsenfrüchte (u. a.) 11 Kilogramm, Kartoffeln 70 Kilogramm, Gemüse 15 Kilogramm u. a.; und zwar wurden dabei von allen Nahrungsmitteln je 1—2 Kilogramm bei den verschiedenen Gemüsesorten je 3 Kilogramm in Anrechnung gebracht.

Versucht man eine Lösung dieses Widerspruchs zwischen den verschiedenen Teuerungsziffern zu finden, so scheint er im wesentlichen in den vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Vorschriften für die Errechnung der Teuerungsziffer auf Grund der Wertigkeitssummen zu liegen. Wir wollen hieraus, soweit uns diese Vorschriften und Richtlinien bekannt sind, nur erwähnen, daß danach von den aufgeführten Fetten stets die beiden billigsten je zur Hälfte in Berechnung einzusetzen sind. So daß also bei Befolgung dieser Vorschrift z. B. Butter bei der Teuerungsberechnung wohl regelmäßig ausscheidet, weil sie ja bekanntlich immer zu den teuersten Fetten zählt. Dann ist Vorschrift, daß bei fehlendem Speckpreis der Speck durch Margarine zu ersetzen ist, wobei an Stelle von 1000 Gramm Speck 850 Gramm Margarine einzusetzen sind. Da der Speckpreis jetzt bekanntlich fast auf dem doppelten Preise der Vorkriegszeit steht, dagegen die Margarine nur den Friedenspreis erreicht hat, so ist es leicht begreiflich, was für einen starken Einfluß solche Vorschriften auf die Gestaltung des Reichsindex haben

können. Wenn man vielleicht bei Hülsenfrüchten, Gemüse u. a. noch in derselben oder ähnlichen Weise verfährt — tatsächlich darf teureres Frühgemüse nicht eingestellt werden — dann braucht man sich nicht mehr über die obige Differenz in den Teuerungsziffern zu wundern. Bei Befolgung solcher Maximen ist es ein Leichtes, die Teuerungsziffern der einzelnen Orte und natürlich damit den Reichsindex beliebig „regulieren“ zu können. So hat eine Umrechnung bezw. „Korrektur“ der von uns errechneten Ernährungsziffer für Berlin ergeben, daß der Ernährungsindex um 3 bis 7 Punkte gedrückt werden kann, schon allein dadurch, daß man an Stelle der teuren Butter und des Schmalzes nur den Margarinepreis einstellt. Daß solche Maximen vom Volke als grobe Täuschung empfunden werden, ist durchaus verständlich. Es muß daher dringend verlangt werden, daß mit solcher Praxis endgültig gebrochen wird.

Nicht ohne Interesse dürfte in diesem Zusammenhang noch die Mittelung sein, daß das Statistische Reichsamt die zuerst für die Ernährung eingeführte Fleischmenge 1922 ganz erheblich herabsetzte und ein entsprechendes Quantum Fische dafür einstellte, angeblich weil es zu wenig Fleisch damals gab. Da Fische damals ziemlich billig waren, wurde natürlich auch der Reichsindex dadurch wieder etwas herabgedrückt. Weniger Anstand nahm aber das Statistische Reichsamt an der Kartoffelnappheit, die doch 1920 noch in reichlichem Maße bestand. Denn trotz dieser Kartoffelnappheit wurden von damals bis heute rund 1½ Zentner der Ernährungsquote zugrunde gelegt. Kartoffeln sind eben billig.

Es gibt aber noch andere „Fehlerquellen“. So werden vom Statistischen Amt der Stadt Berlin als Kleinverkaufspreise der Vorkriegszeit pro Kilogramm angegeben: für Hammelfleisch (Dünnung) 1,70 M., wogegen der Preis nach den Feststellungen des Zentralverbandes der Fleischer sich nur zwischen 1,30 bis 1,60 M. bewegte. Für Schweinebauch sind ebenfalls vom Berliner Statistischen Amt 1,70 M. in Anschlag gebracht, während nach den Feststellungen des Fleischerverbandes der Preis hierfür nur 1,50 bis 1,60 M. betrug. Als Preis für fetten inländischen Speck wird vom Statistischen Amt 2,20 M. angegeben, während Calwer für die gleiche Zeit nur 1,84 M. und der Fleischerverband sogar einen Preis von 1,60 M. bis 1,70 M. festgesetzt hat. Noch stärker differieren die Preise bei den Preiskohlen. Während vom Statistischen Amt der Stadt Berlin selbst in den Sommermonaten ein Vorkriegspreis von 1,20 bis 1,25 M. pro Zentner eingeführt wird, hat die Konsumgenossenschaft für Berlin und Umg. damals einen Zentner Preiskohlen frei Keller und Haus im Juli für 65 Pf. und im Dezember für 70 Pf. geliefert. Werden aber bei den amtlichen Erhebungen zu hohe Vorkriegspreise eingeführt, so erscheinen selbstverständlich die heutigen Preissteigerungen dementsprechend geringer. Daß solche starken Preisunterschiede wie bei den Preiskohlen auch in der Vorkriegszeit niemals bestanden haben, wird wohl auch das Statistische Amt der Stadt Berlin ohne weiteres zugestehen müssen, wenn auch die Konsumgenossenschaft bereits damals dafür bekannt war, daß sie an die arbeitende Bevölkerung sehr preiswert Kohlen, Lebensmittel u. a. abgegeben hat.

Ganz unzeitgemäß und reformbedürftig erscheinen uns ferner die für die Preisermittlungen und Berechnungen eingeführten Nahrungsmittel sowohl wie die Nahrungsmittelmengen. Man könnte sie nachdringender für die letzten Jahre mit ihren großen Lebensmittelpreisen hinnehmen. Heute ist die Ernährungsmöglichkeit jedoch bereits eine ganz andere und dementsprechend dürfte hier eine gründliche Umstellung erfolgen. Wenn behauptet wird, daß es für die Preisberechnung der Lebensmittelpreissteigerung gleichgültig sei, welche Lebensmittel man dafür erzeuge, so trifft das nicht ganz zu. Die bezugsfähige Berechnungen für die oben erwähnten 6 verschiedenen Stichproben vom März bis 1. Oktober haben nach dem vom Statistischen Reichsamt vorgeführten Nahrungsmittelverbrauch und einer zeitgemäheren Aufstellung, die auch dem bahnpolitischen Aufschwung des RDB unterbreitet wurde, eine Differenz der Indexziffern um 6—12 Punkte ergeben.

Aber auch aus außenpolitischen Gründen muß gefordert werden, daß der Nahrungsmittelverbrauch nicht künstlich herabgedrückt wird, weil in dem Dames-Gutachten der deutschen Arbeiterchaft garantiert worden ist, daß ihr Lebensstandard durch die Reparationslasten nicht unter den der Arbeiterchaft in den Ententestaaten herabgedrückt werden darf. Durch die irreführenden Reichsindexziffern erweckt man aber im Ausland den Anschein, daß die Kosten des Lebensunterhalts für die deutsche Arbeiterchaft nur gering geblieben sind wobei dann auf der anderen Seite die Löhne entsprechend hoch erscheinen.

Ein weiterer nicht unwesentlicher Mangel am Reichsindex ist das Fehlen der Kosten für die kleineren Ausgaben, Steuerabzug und soziale Beiträge. Gerade diese Ausgaben sind aber ganz besonders gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen.

Aus dem Gesagten geht also zur Evidenz hervor, daß in dem Reichsindex nicht bloß eine Fehlerquelle steckt, sondern eine ganze Reihe Mängel und Fehler sich auswirken. Um so notwendiger wird es sein, erst eine recht eingehende und gründliche Prüfung aller in Frage kommenden Momente vorzunehmen, ehe man zu der längst dringend erforderlichen Reformierung oder Neuaufstellung des Reichsindex kommt.

Weiter für Berlin und Umg. d. Wild und größtenteils bewölkt, mit etwas Regen und mäßigen südlichen Winden.

Für den Weihnachtstisch

beste Fabrikate, größte Auswahl.

Herren-Anzugstoffe reine Wolle	Meter	10.-, 8.-, 6.-
Uster-Paletstoffe prima Qualitäten	Meter	20.-, 15.-, 10.-
Velours de laine für Kostüme und Mäntel	Meter	12.-, 10.-, 8.-
Gabardine, Rips 130 cm breit	Meter	10.-, 8.-, 6.-

Koch & Seeland

Gertraudenstraße 20/21 gegenüber der
Deutschen.



Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 U. Rigoletto
Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 U. D. r. Waffen-
schmied
Schauspielhaus
7 1/2 U. Peer Gynt
Schiller-Theater
7 1/2 U. Torquato Tasso

Gr. Volksoper
Lohengrin
Volksbühne
7 1/2 U. Schlock u. Jau
Deutsch. Theater
7 1/2 U. Die heilige
Johanna

Kammerspiele
Die tote Tante
und andere
Begebenheiten
Die Komödie
Anfangs vom 24. 12. 1924
Der eingebildete
Kranke

Th. a. Nollendorpl.
7.30 Die Geliebte
Sr. Heilheit
Komödienhaus
8 U. der Mann ohne Herz
Berliner Theater
7.30 Uhr Cicero

SOLO
Varieté
Revue

Kleines Th.
Papa
Liedchen von Frau v. Callwitz
Erika Glässner
Eugen Burg
Mit w. 4 U. - Jena. Pr.
Schneewittchen

Th. i. d. Gem.-Turnhalle
Wellensee, Pictorial 23
Sonntag 7 1/2 Uhr
Jubiläum - Vorstellung
Mister Globetrotter
Preis: 10 P. u. 2 M.

Komische Oper
Direktion: James Klein
8 Uhr Allabendlich 8 Uhr
Revue
'Das hat die Welt
noch nicht gesehn'
Fern Andra u. Kurt Prenzel u. 1.
Ueber 250 Mitwirkende
Preise: 2 Mk. bis 15 Mk.

Apollo-Theater
8 U. REVUE-POSSE 8 U.
Das lachende Berlin!
Über 150 Mitwirkende
Preise: 2 bis 10 Mk.

Reichsnation-Theater
Abends 8 U. u. Sg. nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Donnerst. 4. 12. Benefiz-
Vorst. m. Weihnachtsprog.
Höblich-Brettel Herrlich
Anf. 7 1/2 Populäre Preise.

Theater am Kolonnen-Tor
Tuller 8 U. und 9.30. u.
nachmittags 3 Uhr
Elite-Sänger
Fabrizio's w. h.
nachts-Pogramm.
Volk 10 - 15 Mk. Preise

Pianos, Flügel
erstklassig, preiswert.
Römhildt,
Potsdamer Str. 126.

Der **gute Kapitän-**
Kanabak
C. Rücker, Berlin
Lichtenberger Straße 2. Kest. 3661

Pelzhaus abuco
Schakal, Wölfe
von 45,- Mk. Felle von 75,- Mk.
Leipziger Straße 58.

Möbel
Speiser, Herren, Schlaf-
zimmer, Küchen, Klub-
garnituren, Einzelmöbel
äußerst preiswert
Auf Wunsch Zahlungsziel
S. Dorn, Berlin
Weinmeisterstr. 9

Kammer-Oper
Lützowstr. 112.
in der Fährstraße
12-18 Uhr Der
Schauspieldirektor
musik von Mozart
außerdem
Wohl zu ruhen,
Herr Nachbar!
Kom. Op. v. Polse
Karten 5, 4, 3, 2 Mk.
inkl. Garderobe und Platz

Rose-Theater
Dir. B. Rose
7 1/2 Uhr
Käthchen Heilbronn

Trianon-Th.
täglich 8 Uhr
Der große
Lustspiel
Polott'
von Frickhaus-Fredrich

Gr. Kinder-Vorst.
im Trianon-Theat
Mittw. 4 U. u. 6 M.
Rotkäppchen
Sonntags 4 Uhr
Aschenbrödel
Das in allen Vorhänge:
Die Zauberflöte

Casino-Theater
Lehrerstr. 17 Tägl. 8 Uhr
Trotz d. gr. Erfolges
nur noch bis 21. Dez.
Satan Weib!
Ab 25. Dez. (Weihnacht)
Der neue - chauer
Graf Koks

Central-Theater
7 1/2 U. Wissenswurm
Deuts. Opernhaus
7 1/2 Uhr
Tiefland

Matropol-Theater
Tägl. 7 1/2 Uhr
Gräfin Mariza
Neues Th. am Zoo
Tägl. 8 Uhr
Die Frau ohne Schleier

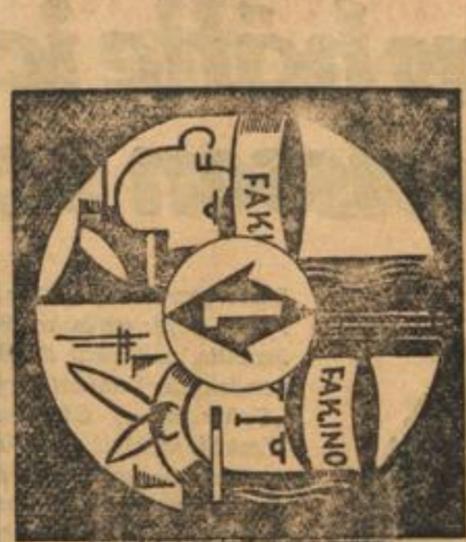
Residenz-Th.
Tägl. 8 Uhr
**Gauner-
liebchen**
Musik. Schwank
von Porde-Millo
Musik v. Will. Vos

**Circus
Busch**
Täglich 7 1/2 Uhr
**Manege-
Schaustück**
Quo vadis?
8 gewalt. Bilder
unter Wirkung
der berühmten
50 Qu. Löwen
Vorher: Die neuen
Danz. - Sensationen
Volksmäßige Preise!

Philharmonie
7 Uhr
Sinfonie - Konz.
des Philharm. Orch.
Dirig. Prof. R. Hagel
3. Sin. Brahms Sol.
Piatigorsky (Cello)

Metropol-Variete L.
7 Uhr
2 Trebles
Lore Melissor
3 Yukitos
Eda Harloff
-ari Braun
4 Bernhardt
Karl Adler
2 Kempton
Carl Stöhr
5 Juneros
11 Uhr
Musik. Gesang
2 Kapellen
Tanzvorführungen

**Neue
Haare**
machen sich wieder
Reichel's Haarrest-
wässer „Zufrast“
mit Wunder nach
ausgezeichneten
Ergebnissen 22, 25
und 30 Mk. Wo nicht
erhältlich, bei Otto
Reichel, Berlin 43
50, Glienckebstr. 4.



FAKINO

**IST DIE NEUE
LITURGI
ZIGARETTE**

Stechen im Ballentell und Ferle, Ziehen und rheumatischesartige Schmerzen, Brennen der Fußhohle, Senkfuß, Knick- u. Spreizfuß, Wadenkrampf, Hammerzehen, Fußgeschwulst, hartnäckige Hühneraugen, schwache Gelenke, rasche, vorzeitige Ermüdung, Neuralgie...

Schmerzen in Fuß und Bein

beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit und verlangen außer der richtigen Diagnose einen wirksamen Heilbehelf. - Auch in schweren Fällen hat

Dr. Scholl's Fuß - Pflege - System

für jedes Fußleiden eine individuelle Behandlung und wissenschaftliche, erprobte Heilbehelfe. In Arztkreisen als ideale, sicher und dauernd wirkende Vorbeugungs- und Heilmittel anerkannt

Kostenlos
sehen Ihnen in unseren Filialen zur Verfügung:

8 Ärzte

1. Dr. Scholl's
2. Bewilligte Fuß-Untersuchung,
3. Sachgemäße, für Sie unverbindliche, Beratung,
4. Fuß-Prüfung nach Fuß-Abdruck,
5. Röntgen - Durchleuchtung (im Hauptgeschäft Jerusalemstraße 82-85),
6. erhalten Sie die Broschüre: Die Pflege der Füße.

Separierte Beratungsräume! Kein Kaufzwang!
Sprechzeit: 10 bis 2 und 3 bis 7 Uhr.

Stiller

Ja-Ruchen

aber sogar ohne Pulvergeschmack und ohne „Wasserstreifen“, das ist der Stolz der Hausfrau. Wie Sie dies erreichen? Sehr einfach, durch das Mondamin - Backpulver. Bei richtiger Anwendung desselben gibt es kein Verfaulen, zumal jedes Päckchen gleich gute Ware enthält. Der Name Mondamin ist ja selbst schon Gewähr für ausgezeichnete Qualität. Die Achtachtung des Pulverfuchens wird zur Hochachtung, wenn Sie bei Ihrem Kaufmann Mondamin - Backpulver verlangen.

RICHARD LOHMANN

HILDE LICHTWARK

Tage einer entwurzelten Jugend
Ein Roman, wie er spannender, erschütternder
nie geschrieben wurde

In Ganzleinen gebunden 2,50 M

Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung
und J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstraße 2

Zeiterwagen
a. alle ander. Trans-
port-eräte liefer-
bilität
Großer Vorrat
Geo. v. Wagner
Köpenicker Str. 71.
Am Lichtenhagen.
Keine Nebenunter-
Reklame, fürwahr-
lich billiger Preis.

**Rüchtiges neu-
u. Wirtschafts-
personal**
meidet sich sofort
auf eine
Klein-Anzeige
im „Vorwärts“

Am 24. November verschied plötzlich
mein lieber Mann, unser guter Vater,
Schwieger- und Großvater, der
Jimmernann Heinrich Jaekel
im 65. Lebensjahre. Derselbe war über
40 Jahre in der Organisation tätig.
Geborn, den 1. Dezember 1924
Auguste Jaekel
nebt Kindern.
Beerdigung am 3. Dezember 1924
nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause aus.

Allen Freunden und Bekannten die
traurige Nachricht, daß meine liebe
Frau, unsere gute Mutter, Groß-
mutter, Schwiegermutter, Schwester
und Schwägerin
Franziska Lechner
geb. Hölz nach kurzem, schweren
Leiden verschieden ist.
In ihrem Trauer-
Offe Lechner
nebt Kindern und Verwandten.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 3. Dezember, abends 6 Uhr
im Krematorium Derschlörstraße statt.

Für die überaus zahlreiche Beteiligung
bei der Beerdigung meines lieben Mannes
und guten Vaters
Gustav Schwanebeck
sage ich hiermit meinen aufrichtigsten Dank.
Vorüberdem Dank der Herrschaften 56 und
der 18 Abteilung des Bahnbetriebs sowie
den Brüdern Deutschlands.
Berlin, den 30. November 1924
Frau Wm. Schwanebeck nebt Tochter.

**Allgemeine
Ortskrankenkasse Berlin-Pantow**
Ordentl. Aufsichtsrung
am Donnerstag, den 11. Dezember 1924,
abends 8 Uhr, im Rautenstrauch-
Gärtchen, Pantow, Berlin-Stralauer 12.
Tagesordnung: 1. Berichtigung des Ver-
zeichnisses der letzten Sitzung 2. Berichtigung des
Berichtes für 1924 3. Wahl des Rechnungs-
prüfers zur Prüfung der Jahres-
rechnung 1924 4. Satzungsänderungen 5.
Anträge und Anfragen 6. Bericht des
Rechnungsprüfers
Anfragen, die eine vorherige Prüfung
bedürfen, sind 4 Tage vor der Sitzung dem
Vorstande einzureichen. Der Vorsitz der
Arbeitsgeber und der Beschäftigten werden
um pünktliches Erscheinen gebeten. Ein
Ausweis wird denselben noch zugestellt.
Berlin-Pantow, den 25. Nov. 1924.
Der Vorstand,
C. Götting, Vorsitzender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Heute, Dienstag, 2. Dezember, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Einlenstr. 83/85:

Branchenversammlung

der Eisenformer und Berufsgenossen
Tagesordnung: Das Schweißarbeiten-Gesetz.
2. Unsere Lohnverhältnisse in den Betrieben nach Abgeitung der festgelegten Zulagen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, die Branchenversammlung zu besuchen.

Achtung! Kofleger, Helfer und Klempner Achtung!

Heute, Dienstag, den 2. Dezember, abends 7 Uhr, im Jugendheim des Verbandshauses, Einlenstr. 83/85:

Gruppenversammlung

der Betriebsräte der Hauptgruppe 7, Unterg. 22-23

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes einzelnen, bestimmt zu erscheinen.

Achtung! Auto-Reparaturhelfer Achtung!

Heute, Dienstag, den 2. Dezember, abends 7 Uhr, im Lokal von P. Weiler, Joststr. 7:

Wichtige Konferenz

aller Betriebsräte und Vertrauensleute der Auto-Reparaturbetriebe.

Achtung! Seitenhelfer Achtung!

Mittwoch, den 3. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Verbandshaus (Zimmer 14), Einlenstraße 83/85:

Verteilung

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Achtung! Vertrauensleute Achtung!

Am Mittwoch, den 3. Dezember, finden in den bekannten Sälen die

Bezirks-Vertrauensmännertreffen

statt. Da in diesen Konferenzen die gedruckten Berichte über die Tätigkeit der Organisation im Monat November ausgeben werden, ist es Pflicht jeder Vertrauensperson, dort anwesend zu sein oder geeignete Vertreter zu entsenden. Zutritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches und bei mit dem Bezirksleiter versehenen Legitimationen.

Mittwoch, den 3. Dezember, abends 7 Uhr, im großen Saal des Verbandshauses, Einlenstr. 83/85:

Verteilung

der Jahreshilfen monteur und Helfer.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Donnerstag, den 4. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Einlenstr. 83/85:

Außerordentliche Branchenversammlung

der Zigaretten- und Glimmführer u. Betriebsbandwerker

Tagesordnung: 1. Bericht von der Reichskonferenz 2. Stellungnahme zur Arbeitslosenfrage

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Donnerstag, den 4. Dezember, nachm. 5 Uhr, im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147:

Branchenversammlung

der Gürtler und verwandten Berufe.

Tagesordnung: 1. Das Gewerkschaftsgesetz und die Arbeiter, 2. Branchenanliegenheiten.

Die Versammlung wird pünktlich um 5 Uhr eröffnet, da der Saal um 8 Uhr getrommelt sein muß. Rechtzeitiger Besuch wird erwartet.

Das hätte ich eher wissen sollen!



Jetzt spare ich M. 1,50 an jedem Pfund, wofür ich bisher M. 2,50 bezahlte, und zwar durch Verwendung der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“. Wenn Sie ebenfalls einen Versuch machen, so werden Sie sich fragen: Warum habe ich nicht schon eher „Schwan im Blauband“ verwendet? Das feine Aroma beim Brotaufstrich und die vorzüglichen Eigenschaften beim Ausbraten verdankt „Schwan im Blauband“ dem unvergleichlichen Kirsverfahren, nach welchem sie hergestellt ist. Das Halbpfund-Paket 50 Pf.



Schwan im Blauband frisch gekirnt

Ziehung v. u. 6. Dezember in Berlin

Köner Dombau-Geld-Lotterie

100 000 M.

60 000 M. 50 000 M.

Lose zu 3 M. (Porto u. Lotte in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen zu haben)

Deutsche Lotterie-Emissions-Gesellschaft m. b. H., Berlin C 19

Verkäufe

Teppich - Schragger verkauft gegen Teilzahlung Teppiche 2x3, 3x3, an schönen, eleganten, besterzeugten, preiswerten u. sehr billigen Teppichen, Woll- u. Seidenstoffe, etc.

Reinwand-Wäsche, etc. für Damen- und Herren- u. Kinder- u. Bettwäsche, etc. etc.

Reinwand-Wäsche, etc. für Damen- und Herren- u. Kinder- u. Bettwäsche, etc. etc.

Reinwand-Wäsche, etc. für Damen- und Herren- u. Kinder- u. Bettwäsche, etc. etc.

Möbel

Wohlfühl-Bett, Dreierbett, etc. etc.

Wohlfühl-Bett, Dreierbett, etc. etc.

Wohlfühl-Bett, Dreierbett, etc. etc.

Wohlfühl-Bett, Dreierbett, etc. etc.

Fahrräder

Wohlfühl-Bett, Dreierbett, etc. etc.

Garten: Laube: Balkon

Wohlfühl-Bett, Dreierbett, etc. etc.

Arbeitsmarkt

Wohlfühl-Bett, Dreierbett, etc. etc.

Kaufgesuche

Wohlfühl-Bett, Dreierbett, etc. etc.

Verschiedenes

Wohlfühl-Bett, Dreierbett, etc. etc.

Piano

Wohlfühl-Bett, Dreierbett, etc. etc.

Tüchtige fachkundige Verkäuferinnen

Wohlfühl-Bett, Dreierbett, etc. etc.